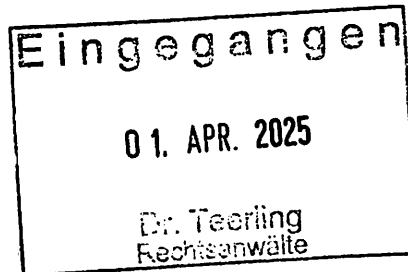


Herr Rechtsanwalt
Jan Teerling
Klosterstr. 2
49477 Ibbenbueren



Proceed Collection Services GmbH
Am EUROPA-CENTER 1b
45145 Essen

Ihr/e Ansprechpartner/in:
Team Inso Essen
Telefon 0201/7697015
Fax 0201/769-5959
info@pcs-nl-essen.de
www.proceed-collection.de

Ort | Datum
Essen, 26.3.2025

Gläubiger/in: Deutsche Bank AG
Inkasso-Nr.: 3212121
Ehem. Kto.-Nr.: 211827753580
Az: 79 IK /25 Amtsgericht Münster
(Westfalen)
Insolvenzverfahren über das Vermögen von Yvonne Brearley, geb. 14.7.1977, Am Königsteich 63, 49492 Westerkappeln

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt Teerling,

hiermit setzen wir Sie davon in Kenntnis, dass uns die Deutsche Bank AG, Taunusanlage 12, 60325 Frankfurt am Main mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragt hat. Daher dürfen wir Sie bitten, die weitere Korrespondenz ausschließlich mit uns zu führen.

Unsere Mandantin hat uns mit der Anmeldung der Insolvenzforderung beauftragt. Eine auf uns lautende Vollmacht fügen wir anbei.

Hiermit melden wir folgende Forderung(en) zur Tabelle an:

Inkassonummer 3212121	
Ehemalige Kontonummer 211827753580	
Gläubiger	Gläubigervertreter
Deutsche Bank AG Taunusanlage 12 60325 Frankfurt am Main	Proceed Collection Services GmbH Am EUROPA-CENTER 1b 45145 Essen
Erste Hauptforderung im Rang des § 38 Inso (notfalls geschätzt)	43.340,32 Euro
Zinsen , bis zum Tag vor der Eröffnung des Verfahrens	1.145,05 Euro
Kosten , die vor der Eröffnung des Verfahrens entstanden sind	1.721,58 Euro
Summe	46.206,95 Euro
Unterlagen, aus denen sich die Forderung ergibt	Forderungsaufstellung, Helloletter, Vollmacht, Vertrag, Kündigung
Forderungsgrund	Darlehensrückzahlung vom 12.9.2024

Proceed Collection Services GmbH | Ein Unternehmen der Lowell Group | www.lowellgroup.de

Am EUROPA-CENTER 1b | 45145 Essen | www.proceed-collection.de
Geschäftsführung: Anke Blietz-Weidmann, Eva Eisenschimmel
Sitz: Essen | Amtsgericht Essen | HRB 20137
USt-Id-Nummer gemäß § 27 a Umsatzsteuergesetz: DE189910954 Finanzamt Essen

Personenbezogene Daten zu diesem Vorgang werden gespeichert.
Registrierter Inkassodienstleister nach §10 | Abs.1 | Nr. 1 RDG
Mitglied im Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen e.V.

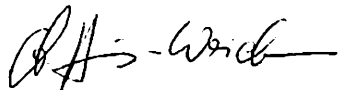
Die Zusammensetzung der Hauptforderung und den Rechtsgrund entnehmen Sie bitte den beigefügten Unterlagen.

Zahlungen bitten wir ausschließlich dem nachfolgend aufgeführten Konto unter Angabe des Verwendungszwecks: **3212121** gutzuschreiben

IBAN: DE68440100460272041462 BIC: PBNKDEFFXXX Postbank
Kontoinhaber: Proceed Collection Services GmbH

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß



Proceed Collection Services GmbH

Proceed Collection Services GmbH | Ein Unternehmen der Lowell Group | www.lowellgroup.de

Am EUROPA-CENTER 1b | 45145 Essen | www.proceed-collection.de
Geschäftsführung: Anke Blietz-Weidmann, Eva Eisenschimmel
Sitz: Essen | Amtsgericht Essen | HRB 20137
USt-Id-Nummer gemäß § 27 a Umsatzsteuergesetz: DE189910954 Finanzamt Essen

Personenbezogene Daten zu diesem Vorgang werden gespeichert.
Registrierter Inkassodienstleister nach §10 | Abs.1 | Nr. 1 RDG
Mitglied im Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen e.V.

FORDERUNGS-AUFSTELLUNG per 04.02.2025
Erstellt am 26.03.2025 durch NOBISNI

Schuldner: Brearley
Yvonne
Gläubiger: Deutsche Bank AG

Forderung Nr. vom wegen
[1] 3212121/0 12.09.2024 Darlehensrückzahlung

VALUTA	TEXT		UMSATZ	KOSTEN	ZINSEN	FORDERUNG	GESAMT
12.09.2024	Fällige Hauptforderung verzinslich	EUR	6.071,98	0,00	0,00	6.071,98	6.071,98
13.09.2024	Zinssatz jährl. relativ zum Basiszinssatz +5% Basiszinssatz : 3,37% p.a. Verzugsschadensatz gesamt: 8,37% p.a.						
02.10.2024	Inkassokosten steuerpflichtig	EUR	265,37	265,37	0,00	6.071,98	6.337,35
02.10.2024	Inkassokosten steuerpflichtig	EUR	23,80	289,17	0,00	6.071,98	6.361,15
18.10.2024	Inkassokosten steuerpflichtig	EUR	212,30	501,47	0,00	6.071,98	6.573,45
01.01.2025	Verzugsschaden aus Hauptforderung 8,37% p.a. aus EUR 6.071,98 für 108 Tage (13.09.2024 - 31.12.2024)	EUR	152,47	501,47	152,47	6.071,98	6.725,92
11.01.2025	Änderung Basiszinssatz: 2,27% p.a. Verzugsschadensatz HF gesamt: 7,27% p.a.						
04.02.2025	Verzugsschaden aus Hauptforderung 7,27% p.a. aus EUR 6.071,98 für 34 Tage (01.01.2025 - 04.02.2025)	EUR	41,69	501,47	194,16	6.071,98	6.767,61

ANSPRUCH NR.	GESAMTZINSEN (EUR)	RESTZINSEN (EUR)	BIS	ZUZÜGLICH	AUS (EUR)	AB	REST-HF (EUR)
[1] 3212121/0	194,16	194,16	04.02.2025	7,27% p.a.	6.071,98	05.02.2025	6.071,98

zuzüglich weiterer Zinsen ab dem 05.02.2025

Irrtum vorbehalten. Gesamtsaldo Soll per 04.02.2025 (einschl.): EUR 6.767,61

FORDERUNGS-AUFSTELLUNG per 04.02.2025
Erstellt am 26.03.2025 durch NOBISNI

Schuldner: Brearley
Yvonne
Gläubiger: Deutsche Bank AG

Forderung Nr. vom wegen
[1] 3216369/0 11.10.2024 Darlehensrückzahlung

VALUTA	TEXT		UMSATZ	KOSTEN	ZINSEN	FORDERUNG	GESAMT
11.10.2024	Fällige Hauptforderung verzinslich	EUR	39.227,88	0,00	0,00	39.227,88	39.227,88
12.10.2024	Zinssatz jährl. relativ zum Basiszinssatz +5% Basiszinssatz : 3,37% p.a. Verzugsschadensatz gesamt: 8,37% p.a.						
05.11.2024	Verzugsschaden aus Hauptforderung 8,37% p.a. aus EUR 39.227,88 für 23 Tage (12.10.2024 - 04.11.2024)	EUR	209,77	0,00	209,77	39.227,88	39.437,65
05.11.2024	Zahlungseingang vor Übergabe . Verrechnet auf [1]	EUR	1.959,54-	0,00	209,77	37.268,34	37.478,11
11.11.2024	Inkassokosten steuerpflichtig	EUR	664,62	664,62	209,77	37.268,34	38.142,73
11.11.2024	Inkassokosten steuerpflichtig	EUR	23,80	688,42	209,77	37.268,34	38.166,53
17.11.2024	Inkassokosten steuerpflichtig	EUR	531,69	1.220,11	209,77	37.268,34	38.698,22
01.01.2025	Verzugsschaden aus Hauptforderung 8,37% p.a. aus EUR 37.268,34 für 56 Tage (05.11.2024 - 31.12.2024)	EUR	485,23	1.220,11	695,00	37.268,34	39.183,45
01.01.2025	Änderung Basiszinssatz: 2,27% p.a. Verzugsschadensatz HF gesamt: 7,27% p.a.						
04.02.2025	Verzugsschaden aus Hauptforderung 7,27% p.a. aus EUR 37.268,34 für 34 Tage (01.01.2025 - 04.02.2025)	EUR	255,89	1.220,11	950,89	37.268,34	39.439,34

INSPRUCH NR.	GESAMTZINSEN (EUR)	RESTZINSEN (EUR)	BIS	ZUZÜGLICH	AUS (EUR)	AB	REST-HF (EUR)
[1] 3216369/0	950,89	950,89	04.02.2025	7,27% p.a.	37.268,34	05.02.2025	37.268,34

zuzüglich weiterer Zinsen ab dem 05.02.2025

Irrtum vorbehalten.

Gesamtsaldo Soll per 04.02.2025 (einschl.): EUR 39.439,34



Inkassovollmacht
und Vollmacht für die Vertretung in Insolvenzverfahren

Die **DEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT**, nachstehend auch Vollmachtgeber genannt, mit dem Firmensitz in Frankfurt erteilt hiermit der

Proceed Collection Services GmbH, Am Europa-Center 1b, 45145 Essen (nachstehend auch Dienstleister genannt)

umfassende Vollmacht, einschließlich der Berechtigung für die Gewährung von Forderungsverzichten und zum Abschluss von Vergleichen und Teilzahlungsvereinbarungen für alle ihr übergebenen Forderungsangelegenheiten. Die Vollmacht ermächtigt zu allen Beitreibungsmaßnahmen inklusive Titulierung und Zwangsvollstreckung, die bis zur restlosen Bezahlung der Forderung erforderlich sind.


Der Dienstleister ist weiterhin bevollmächtigt, alle im Zusammenhang mit der Forderungsbeitreibung zu treffenden Absprachen, Vereinbarungen etc. ggf. auch mit dritten Personen, im Namen des Vollmachtgebers durchzuführen und Geld-, Wertsachen oder Urkunden vom Gegner, der Justizkasse oder von sonstigen Stellen zu erstattende Beträge mit schuldbefreiender Wirkung entgegenzunehmen.


Der Dienstleister ist bevollmächtigt, den Vollmachtgeber in allen Insolvenzverfahren zu vertreten und unsere Rechte für uns einschließlich der Abstimmung über einen Insolvenzplan und ein Schuldenbereinigungsverfahren wahrzunehmen.

Der Dienstleister ist ferner berechtigt, für den Vollmachtgeber Forderungsanmeldungen im Insolvenzverfahren gem. § 174 InsO selbst vorzunehmen. Er ist berechtigt, alle notwendigen Erklärungen und Prozesserkklärungen in dem Verfahren, auch im Rahmen eines Rechtsbehelfs und anlässlich einer Berichtigung der Tabelle, gegenüber dem Insolvenzverwalter und dem Insolvenzgericht abzugeben. Er ist befugt, alle Zahlungen für den Vollmachtgeber mit befreiender Wirkung entgegenzunehmen.

Der Dienstleister ist berechtigt, für uns in unserem Namen Rechtsanwälte mit dem Betreiben gerichtlicher und behördlicher Verfahren zu beauftragen, die aus Inkassoaufträgen erwachsen, und den Verkehr sowie informierenden Schriftwechsel mit diesen Rechtsanwälten zu führen. Die Rechtsanwälte sind zur Erteilung von Untervollmachten und zum Geldempfang für uns befugt.

Frankfurt, 01. 04. 2022


ppa. Katja Krah


Lars Händel

DEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT

Ihr Aktenzeichen: 3216369 (bitte immer angeben)

Proceed Collection Services GmbH | Am EUROPA-CENTER 1b | 45145 Essen

Frau
Yvonne Brearley
Am Königsteich 63
49492 Westerkappeln

Proceed Collection Services GmbH

Kontakt:
konsumenten.lowellgroup.de

Registrierungscode:
Imeu-vKok



E-Mail: info@pcs-nl-essen.de

Ort | Datum
Essen, 11.11.2024

**Nehmen Sie uns beim Wort.
Zahlungsaufforderung im Auftrag der Deutsche Bank AG**

Sehr geehrte Frau Brearley,

Sie haben mit der Deutsche Bank AG einen Vertrag geschlossen. Leider sind Sie Ihren Zahlungsverpflichtungen hieraus nicht nachgekommen. Die Deutsche Bank AG hat deshalb uns, die Proceed Collection Services GmbH, mit dem Einzug der Forderung beauftragt.

Wir verdienen uns Vertrauen durch faires und verlässliches Handeln. Rechnungen können vergessen werden, das ist menschlich und passiert. Wir verstehen das.

Seit über 65 Jahren finden wir Lösungen von Menschen für Menschen. Es gibt gute Gründe, uns zu vertrauen:

- Wir sind ein registriertes Inkassounternehmen. Darüber hinaus verpflichten wir uns **freiwillig als Mitglied des Bundesverbandes Deutscher Inkasso-Unternehmen e.V.** zur ordnungsgemäßen, gewissenhaften und redlichen Berufsausübung.
- Menschen, die mit uns Kontakt hatten, bewerten uns positiv: **Über 80% Zufriedenheit** in den Kategorien Freundlichkeit, Lösungsfindung und faire Behandlung.
- Allein im letzten Jahr haben wir **über 960.000 Menschen geholfen**, ihre Forderungen final zu bezahlen.
- Über 4.500 Menschen möchten täglich mit uns sprechen. **Wir nehmen uns Zeit und hören zu.**

Zu einer Lösung gehören immer zwei. Wir sind genauso gefragt wie Sie.

Aus diesem Grund sind wir damit beauftragt worden, gemeinsam mit Ihnen eine Lösung zu finden. Wir bitten Sie daher bis zum 21.11.2024 den Gesamtbetrag in Höhe von 38.227,18 EUR unter Angabe Ihres Aktenzeichens 3216369 auf das folgende Konto zu überweisen: IBAN: DE68440100460272041462 BIC: PBNKDEFFXXX Postbank.

Dieser Betrag setzt sich aus der Hauptforderung plus den Kosten und ggf. zzgl. Zinsen zusammen, die bis jetzt durch die verzögerte Zahlung entstanden sind. Eine genaue Auflistung aller Details zu der ausstehenden Forderung finden Sie auf den folgenden Seiten dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen

Anke Blietz – Weidmann
Geschäftsführerin

Proceed Collection Services GmbH | Part of Lowell Group | www.lowellgroup.de

Am EUROPA-CENTER 1b | 45145 Essen | www.lowellgroup.de
Geschäftsführung: Anke Blietz-Weidmann, Eva Eisenschimmel

Personenbezogene Daten zu diesem Vorgang werden gespeichert.

Amtsgericht Essen | HRB 20137
USt-Id-Nummer gemäß § 27 a Umsatzsteuergesetz: DE189910954

Registrierter Inkassodienstleister nach § 10 Abs. 1 Nr. 1 RDG
Mitglied im Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen e.V.
Mitglied in der Gesellschaft für Datenschutz und Datensicherheit e.V.

Ihr Aktenzeichen: 3216369 (bitte immer angeben)

**FÜR SIE, FRAU YVONNE BREARLEY:
ALLE WICHTIGEN DATEN IM ÜBERBLICK**

Auftraggeber: Deutsche Bank AG, Taunusanlage 12, 60325 Frankfurt am Main

Forderung aus Darlehensrückzahlung 39.227,88 EUR

Mahnkosten Auftraggeber ¹	0,00 EUR
*Zinsen (5 Prozentpunkte über Basiszinssatz) Berechnung siehe Anlage	270,42 EUR
abzgl. bisher geleisteter Zahlungen	1.959,54 EUR

Gesamtforderung der Inkassovergütung ¹		688,42 EUR
Erstattung der vertraglich mit dem Auftraggeber vereinbarten 0,5 Geschäftsgebühr analog Nr. 2300 VV RVG i. V. m. § 14 RVG aus 37.268,34 EUR	558,50 EUR	
Erstattung der vertraglich mit dem Auftraggeber vereinbarten Post- und Telekommunikationspauschale analog Nr. 7002 VV RVG	20,00 EUR	
19 % Umsatzsteuer ²	109,92 EUR	
GESAMTBETRAG		38.227,18 EUR

zzgl. Zinsen i. H. v. 5 Prozentpunkte über dem jeweils gültigen Basiszinssatz aus 37.268,34 EUR ab 12.11.2024.

Sollten wir – bis zum 21.11.2024 bzw. bis wir weitere Maßnahmen eingeleitet haben – keinen Zahlungseingang bei uns verbuchen können, weisen wir Sie jetzt schon darauf hin, dass sich die Inkassokosten weiter erhöhen können.

Ihr Kontakt zu uns



0201/7697015



info@pcs-nl-essen.de



konsumenten.lowellgroup.de

¹ Erläuterung:

Die Mahnkosten des Auftraggebers sind von Ihnen gemäß den vertraglichen Vereinbarungen und §§ 280, 286 BGB als Verzugschaden zu ersetzen. Die in der Zahlungsaufforderung aufgeführte Inkassovergütung haben Sie gemäß der vertraglichen Vereinbarung mit dem Auftraggeber nach §§ 280, 286 BGB aus dem Gesichtspunkt des Verzuges zu erstatten unter Beachtung der Begrenzung nach § 13 e RDG.

² Hinweis zur Vorsteuerabzugsberechtigung

Der Gläubiger ist nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt

Informationen gemäß § 13a RDG

Auftraggeber: Deutsche Bank AG, Taunusanlage 12, 60325 Frankfurt am Main
Der Gläubiger ist nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt

Auflistung der betroffenen Forderungen:

Aktenzeichen	Kunden/Rechnungsnummer	Vertrag vom	Ursprungshauptforderung	Art	Übernahme Inkasso
3216369	211619821280	11.10.2024	39.227,88 EUR	Darlehensrückzahlung	07.11.2024

***Zinsberechnung (Verzugszinsen auf Hauptforderung):**

8,37% p.a. aus EUR 39.227,88 für 23 Tage (12.10.2024 - 04.11.2024) = 209,77 EUR

8,37% p.a. aus EUR 37.268,34 für 7 Tage (05.11.2024 - 11.11.2024) = 60,65 EUR

Aufsichtsbehörde: Oberlandesgericht Hamm, Hesslerstraße 53, 59065 Hamm
E-Mail-Adresse: poststelle@olg-hamm.nrw.de

Informationen gemäß Art. 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Kennzeichnung des Verantwortlichen:

Proceed Collection Services GmbH, Am EUROPA-CENTER 1 b, 45145 Essen

Die interne Überwachung der Regel- und Rechtskonformität des Geschäftsbetriebes erfolgt in gemeinsamer Verantwortung mit der konzernverbundenen

Lowell Financial Services GmbH, Am EUROPA-CENTER 1b, 45145 Essen als **Mitverantwortliche**.

Die interne Überwachung wird von den bei der Lowell Financial Services zentralisierten Funktionen Compliance, Risk, Information Risk und Internal Audit wahrgenommen.

Datenschutzbeauftragte:

Das Verantwortliche

Proceed Collection Services GmbH, Datenschutzbeauftragte, Am EUROPA-CENTER 1b, 45145 Essen, datenschutz.pcs@lowellgroup.de

Des Mitverantwortlichen

Lowell Financial Services GmbH, Datenschutzbeauftragter, Am EUROPA-CENTER 1b, 45145 Essen, datenschutz@lowellgroup.de

Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden:

Kategorie 0	Personenbezogene Daten	...die frei zugänglich sind. Hierzu gehören im Einzelfall u. a. Adress- und Kommunikations- und sonstige Stammdaten und solche Daten, die der Betroffene, beispielsweise über soziale Medien, selbst öffentlich gemacht hat.
Kategorie 1		...deren unsachgemäße Handhabung keine besondere Beeinträchtigung des Betroffenen erwarten lässt und die aus „beschränkt öffentlichen Quellen“ stammen. Hierzu zählen im Einzelfall u. a. Adress-, Kommunikations- und Forderungsdaten.
Kategorie 2		...deren Verarbeitung grundsätzlich eine Beeinträchtigung des Betroffenen bedingt und/oder gegen deren Verwendung der Schuldner explizite Einwände erhoben hat. Hierzu zählen im Einzelfall u. a. sensible Schuldnerdaten, Bonitätsdaten, Daten über Beziehungen des Betroffenen zu Dritten.
Kategorie 3	Besondere Kategorien personenbezogener Daten	Daten, die in den Art. 9 und 10 der DSGVO genannt sind, Daten betreffend Kinder gem. Art. 8 DSGVO sowie weitere Daten, deren Bekanntwerden ein vergleichbares Schadenspotential mit sich bringt.

Verarbeitungszwecke:

<ul style="list-style-type: none"> ┐ Forderungsmanagement; ┐ Abwicklung des Zahlungsverkehrs; ┐ Bonitätsbewertung und -prüfung, einschließlich der Aufenthalts-, Einkommens- und Vermögensermittlung von Schuldnern oder tangierten Dritten; ┐ Identitätsfeststellung; ┐ Interessenkonfliktprüfung; ┐ Forderungseinzahlung und -durchsetzung; ┐ Durchsetzung von eigenen Vertragserfüllungsansprüchen sowie solcher von Dritten oder der Unternehmensgruppe; 	<ul style="list-style-type: none"> ┐ Berufsausübung als Inkassodienstleister, Factor oder Sicherungsnehmer; ┐ Erfüllung eigener gesetzlicher und vertraglicher Informations-, Mitteilungs-, Auskunft-, Aufbewahrungs- und sonstiger Pflichten; ┐ Mahnung und Zahlungsaufforderung; ┐ Erfüllung gesetzlicher Schadensminderungspflichten; ┐ Bearbeitung von Einwendungen und Einreden; ┐ Vereinbarungen mit Schuldnern oder Dritten über die Zahlungsweise; ┐ Titulierung von Forderungen; ┐ Schaffung von Vollstreckungsmitteln gegenüber Schuldnern oder Durchführung von gerichtlichen Mahn- oder Erkenntnisverfahren; 	<ul style="list-style-type: none"> ┐ Forderungsbearbeitung im Zusammenhang mit Einzel- und Gesamtvollstreckung (Insolvenz); ┐ Abwehr von Anfechtungs-, Bereicherungs- oder sonstigen Gegenansprüchen; ┐ Verwaltung bestehender Verträge (Vertragsmanagement); ┐ Scoring; ┐ Forderungsbewertung ┐ Verhinderung und Aufklärung von Straftaten ┐ Geldwäsche- und Terrorismusfinanzierungsprävention ┐ Risiko- und Geschäftssteuerung
---	--	---

Informationen zur Datenherkunft:

Personenbezogene Daten über den Betroffenen werden erhoben bei Gläubigern des Betroffenen, bei Auskunfteien, bei Drittschuldnern, innerhalb der Unternehmensgruppe, bei Gerichten, Behörden und Parteien kraft Amtes, aus zugänglichen Registern und/oder aus öffentlichen Medien, wie dem Internet, Zeitungen, Ausschreibungen und Aushängen.

Rechtsgrundlagen der Verarbeitung:

Als Rechtsgrundlagen der Verarbeitung kommen in Betracht:

- Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO und/oder Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO
- Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO, soweit es um die Verfolgung folgender Zwecke geht: Forderungsmanagement, Abwicklung des Zahlungsverkehrs, Bonitätsbewertung und -prüfung, einschließlich der Aufenthalts-, Einkommens- und Vermögensermittlung von Schuldnern oder tangierten Dritten, Identitätsfeststellung, Interessenkonfliktprüfung, der Forderungseinzahlung und -durchsetzung, Durchsetzung von eigenen Vertragserfüllungsansprüchen sowie solcher von Dritten oder der Unternehmensgruppe, der Berufsausübung des Verantwortlichen als Inkassodienstleister, Factor oder Sicherungsnehmer, Bearbeitung von Einwendungen und Einreden, Titulierung von Forderungen, Schaffung von Vollstreckungsmitteln gegenüber Schuldnern oder Durchführung von gerichtlichen Mahn- oder Erkenntnisverfahren, Forderungsbearbeitung im Zusammenhang mit Einzel- und Gesamtvollstreckung (Insolvenz), Abwehr von Anfechtungs-, Bereicherungs- oder sonstigen Gegenansprüchen, interne Verwaltung personenbezogener Daten innerhalb unserer Unternehmensgruppe und/oder der Forderungsbewertung Abwehr von Schadensersatz-, Erfüllungs- oder sonstigen Leistungsansprüchen, Verhinderung und Aufklärung von Straftaten sowie Risiko- und Geschäftssteuerung.
- Das Vorliegen einer Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO: Soweit eine solche vorliegt, hat der Betroffene das Recht, diese jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird

Kriterien zur Speicherdauer:

Personenbezogene Daten werden bis zur vollständigen Erreichung des Erhebungszwecks oder – im Falle der Weiterverarbeitung – des Weiterverarbeitungszwecks verarbeitet. Bei vollständiger Zweckerreichung (hier insb. zu Nachweiszwecken und zur Abwehr von Sanktionen nach der DSGVO) werden die Daten gelöscht. Die Lowell DACH-Gesellschaften haben sich insoweit einem Sperr-, Prüf- und Löschkonzept unterworfen.

Empfänger personenbezogener Daten:

Gerichte, Behörden und/oder Vollstreckungsorgane – Drittschuldner – Sicherungsgeber und –nehmer – Gläubiger des Betroffenen – Auftraggeber der verantwortlichen Stelle oder der Mitverantwortlichen oder der Unternehmensgruppe – Auskunfteien – Detekteien (im Bedarfsfall) – Mitglieder der Unternehmensgruppe – Vertreter rechts- und steuerberatender Berufe, auch in Mitgliedstaaten der europäischen Union, soweit Sachbearbeitungen einen Auslandsbezug in selbige aufweisen – kooperierende Inkassounternehmen, auch in Mitgliedstaaten der europäischen Union, insbesondere bei Auslandsbezug – Auftragsverarbeiter gem. Art. 28 DSGVO

Informationen gem. Art. 14 Abs. 1 lit. f) DSGVO

Im Rahmen des konzerninternen betrieblichen Rechnungswesens (z.B. Ausgleich von Kostenrechnungen, Verbuchung von Zahlungseingängen, Controlling) übermitteln wir die dafür erforderlichen personenbezogenen Daten an unseren Auftragsverarbeiter, die Lowell Group Shared Services Ltd., UK, Ellington House 9 Savannah Way, Leeds Valley Park, Leeds, West Yorkshire, LS10 1AB. Die Lowell Group Shared Services gehört zur internationalen Lowell Gruppe. Für Datenübermittlungen nach UK besteht ein sog. Angemessenheitsbeschluss der EU-Kommission vom 28.06.2021, der auf unserer Website (<https://www.lowellgroup.de/ueber-uns>) abgerufen oder über unseren Datenschutzbeauftragten angefordert werden kann.

Ihre Rechte als von der Datenverarbeitung Betroffener:

Ihnen stehen folgende **Rechte gegenüber den oben genannten Unternehmen als Verantwortliche** nach Art. 15 bis 22 DSGVO zu:

- Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung und auf Datenübertragbarkeit
- Widerspruchsrecht gegen Verarbeitungen, die auf berechnete Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten (Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO) gestützt werden

Beschwerderecht in Angelegenheiten des Datenschutzes

Sie haben gemäß Art. 77 DSGVO in Angelegenheiten des Datenschutzes das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt. Die Anschrift der für die Verantwortlichen zuständigen Aufsichtsbehörde lautet:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen, Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf, <https://www.lfdi.nrw.de/Impressum/>

Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall

Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall im Sinne des Art. 22 DSGVO werden nur vollzogen, soweit dies zum Abschluss oder zur Erfüllung eines Vertrages mit Ihnen als betroffener Person erforderlich ist, so beispielsweise zur Verringerung von Prozesskosten, der Betrugsvermeidung oder einer Beschleunigung von Entscheidungsfindungen. In diesem Zusammenhang können die jeweilige Forderungshöhe, Ihr Zahlungsverhalten in der Vergangenheit oder auch Score-Werte, die wir von Auskunfteien übermittelt bekommen, Berücksichtigung finden. Dies kann im Einzelfall und unter Berücksichtigung des Erreichens oder Nichterreichens bestimmter Werte, zur Einschränkung oder Erweiterung von Betreibungsmaßnahmen, beispielsweise der Einräumung eines Ratenzahlungsangebotes, oder der Einstellung der Forderungsbeitreibung führen.

Nachfolgende Information erteilen wir Ihnen auf Wunsch der Regis24 GmbH

Zusammenarbeit mit einer Wirtschaftsauskunftei

Gem. Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f) DSGVO prüfen wir zur Wahrung berechtigter Interessen Informationen zu Ihren Adressdaten (ggf. Vorname, Nachname, Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer) und Ihrer Bonität. Hierfür arbeiten wir mit der Regis24 GmbH, Alte Rhinstr. 16, 12681 Berlin, zusammen, von der wir Daten zu diesen Zwecken beziehen bzw. an diese übermitteln. Die Informationen gem. Art. 14 DSGVO zu der bei der Regis24 GmbH stattfindenden Datenverarbeitung erhalten Sie unter www.regis24.de/informationen.

Gemäß Art. 6 Abs. 1 f) DSGVO übermitteln wir Daten über durch uns bearbeitete Forderungen an die Deutsche Multiauskunftei GmbH (DMA), Am Europa-Center 1b, 45145 Essen. Die DMA ist Teil der Lowell Unternehmensgruppe, sie nutzt die ihr gemeldeten Forderungsdaten nicht für die Bildung von Wahrscheinlichkeitswerten und erteilt keine Wirtschaftsauskünfte an Unternehmen außerhalb der Lowell Unternehmensgruppe. Die Art. 14 Information der DMA finden Sie nachfolgend.

Informationen gemäß Art. 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Identität des Verantwortlichen:

Deutsche Multiauskunftei GmbH, Am Europa-Center 1b, 45145 Essen, Datenschutz.DMA@lowellgroup.de

Die interne Überwachung der Regel- und Rechtskonformität des Geschäftsbetriebes erfolgt in gemeinsamer Verantwortung mit der konzernverbundenen Lowell Financial Services GmbH, Am EUROPA-CENTER 1b, 45145 Essen als Mitverantwortliche.

Die interne Überwachung wird von den bei der Lowell Financial Services zentralisierten Funktionen Compliance, Risk, Information Risk und internal Audit wahrgenommen.

Datenschutzbeauftragte:

Des Verantwortlichen

Deutsche Multiauskunftei GmbH, Datenschutzbeauftragte, Am Europa-Center 1b, 45145 Essen, Datenschutz.DMA@lowellgroup.de

Des Mitverantwortlichen

Lowell Financial Services GmbH, Datenschutzbeauftragter, Am EUROPA-CENTER 1b, 45145 Essen, datenschutz@lowellgroup.de

Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden:

Kategorie 0	Personenbezogene Daten	...die frei zugänglich sind. Hierzu gehören im Einzelfall u.a. Adress-, Kommunikations- und sonstige Stammdaten und solche Daten die der Betroffene, beispielsweise über soziale Medien, selbst öffentlich gemacht hat.
Kategorie 1		...deren unsachgemäße Handhabung zwar keine besondere Beeinträchtigung des Betroffenen erwarten lässt und die aus „beschränkt öffentlichen Quellen“ stammen. Hierzu zählen im Einzelfall u.a. Adress-, Kommunikations- u. Forderungsdaten.
Kategorie 2		...deren Verarbeitung grundsätzlich eine Beeinträchtigung des Betroffenen bedingt und/oder solche Daten, gegen deren Verwendung der Schuldner explizite Einwände erhoben hat. Hierzu zählen im Einzelfall u.a. sensible Schuldnerdaten, Bonitätsdaten, Daten über Beziehungen des Betroffenen zu Dritten. Hierzu zählen vor allem Informationen betreffend die Bonität der betroffenen Person, wie Scorewerte, Informationen über das bisherige Zahlungsverhalten, laufende Kredite, unterhaltene Bankverbindungen (Girokonten, Ratenkredite, Kreditkarten, Pfändungsschutzkonten, Basiskonten) oder Informationen zu missbräuchlichem oder sonstigem betrügerischem Verhalten wie Identitäts- oder Bonitätstäuschungen (Positiv- und Negativdaten).
Kategorie 3	Besondere Kategorien personenbezogener Daten	Daten, die in den Art. 9 und 10 der DSGVO genannt sind, Daten betreffend Kinder gem. Art. 8 DSGVO sowie weitere Daten, deren Bekanntwerden ein vergleichbares Schadenspotential mit sich bringt.

Verarbeitungszwecke:

<ul style="list-style-type: none"> ☐ Ermittlung und Bereitstellung von Bonitätsinformationen ☐ Identitäts- und Altersprüfung ☐ Anschriftenmittlung ☐ Aufenthaltsermittlung ☐ Forderungsbewertung ☐ Scoring, nur soweit personenbezogene Daten zu diesem Zweck an den Verantwortlichen übermittelt oder durch den Verantwortlichen erhoben werden und in getrennten Datenbeständen gehalten werden ☐ Betrugsprävention ☐ Seriositätsprüfung 	<ul style="list-style-type: none"> ☐ Geldwäsche- und Terrorismusfinanzierungsprävention ☐ Risk- und Compliance-Management ☐ Vertragsmanagement ☐ Kundenakquise ☐ Risikosteuerung interner Verarbeitungs- und Geschäftsprozesse ☐ Rechtsverfolgung und Rechtsverteidigung ☐ Allgemeine Geschäftssteuerung und Weiterentwicklung von Dienstleistungen und Produkten ☐ Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebs 	<ul style="list-style-type: none"> ☐ Wahrung immaterieller Schutzrechte ☐ Kommunikation mit Kunden sowie natürlichen und juristischen Personen, die in Datenbanken des Verantwortlichen verwaltet werden ☐ Erfüllung von gesetzlichen und vertraglichen Informations-, Auskunfts- und Aufbewahrungspflichten ☐ Überprüfung und Umsetzung von Betroffenenrechten ☐ Ermittlung von betriebsrelevanten Informationen über Insolvenzverfahren (z.B. Insolvenzverwalter, Insolvenzzaktenzeichen) ☐ Verhinderung und Aufklärung von Straftaten
--	--	--

Informationen zur Datenherkunft:

Personenbezogene Daten über den Betroffenen werden erhoben bei Gläubigern des Betroffenen, bei Auskunfteien, bei Drittschuldnern, innerhalb der Unternehmensgruppe, bei Gerichten, Behörden und Parteien kraft Amtes, aus zugänglichen Registern und/oder aus öffentlichen Medien, wie dem Internet, Zeitungen, Ausschreibungen und Aushängen.

Rechtsgrundlagen der Verarbeitung:

Als Rechtsgrundlagen der Verarbeitung kommen in Betracht:

- Art. 6 I lit. b) DSGVO und/oder Art. 6 I lit. c) DSGVO
- Art. 6 I lit. f) DSGVO, das insoweit erforderliche berechtigte Interesse der Verantwortlichen liegt im Schutz des Wirtschaftsverkehrs, insbesondere unter dem Aspekt des Schutzes vor Verbrauchern vor Überschuldung sowie im Interesse der Wirtschaft dahingehend, vor Eingehung von Geschäften mit finanziellem Ausfallrisiko die Risiken einschätzen zu können. Insoweit dient die Bereitstellung von Informationen zur Kreditwürdigkeitsprüfung der Bewahrung der Empfänger vor Verlusten im Kreditgeschäft, wie bei Schuldverhältnissen mit Vorleistungspflichten des Empfängers von Informationen, und eröffnet gleichzeitig die Möglichkeit, Kreditnehmer und Schuldner durch Beratung vor einer übermäßigen Verschuldung zu bewahren. Die Verarbeitung zu Zwecken der Betrugsprävention, Verhinderung und Aufklärung von Straftaten, Seriositätsprüfung, Geldwäsche- und Terrorismusfinanzierungsprävention, Identitäts- und Altersprüfung, Anschriftenmittlung, Kundenbetreuung oder Risikosteuerung sowie der Tarifierung oder Konditionierung stellt ebenso ein in der Rechtsprechung anerkanntes berechtigtes Interesse dar. Insoweit wird Sicherheit in der Weise geschaffen, dass Scoringverfahren und das vom Verantwortlichen betriebene Kreditinformationssystem über die Verarbeitung von Positiv- und Negativdaten, die z. B. durch Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsunternehmen, Zahlungsinstitute, Telekommunikations-, Handels-, Energieversorgungs- und Versicherungsunternehmen oder Leasinggesellschaften erfolgt, als wichtige Voraussetzungen für das Wirtschaftsleben erhalten bleiben.
- Das Vorliegen einer Einwilligung gem. Art. 6 I lit. a) DSGVO
Soweit eine solche vorliegt, hat der Betroffene das Recht diese jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

Kriterien zur Speicherdauer:

Personenbezogene Daten werden bis zur vollständigen Erreichung des Erhebungs- oder – im Falle der Weiterverarbeitung – des Weiterverarbeitungszwecks verarbeitet. Bei vollständiger Zweckerreichung werden die Daten gelöscht. Der Verantwortliche hat sich den durch das LDI NRW unter dem 25.05.2018 genehmigten „Verhaltensregeln für die Prüf- und Löschrufen von personenbezogenen Daten durch die deutschen Wirtschaftsauskunfteien“ unterworfen.

Empfänger personenbezogener Daten:

Behörden - Gläubiger des Betroffenen - Auftraggeber der verantwortlichen Stelle oder Mitverantwortlichen oder der Unternehmensgruppe - Andere Auskunfteien - Mitglieder der Unternehmensgruppe - Vertreter rechts- und wirtschaftsberatender Berufe - Auftragsverarbeiter gem. Art. 28 DSGVO

Informationen gem. Art. 14 Abs. 1 lit. f) DSGVO

Im Rahmen des konzerninternen betrieblichen Rechnungswesens (z.B. Ausgleich von Kostenrechnungen, Verbuchung von Zahlungseingängen, Controlling) übermitteln wir die dafür erforderlichen personenbezogenen Daten an unseren Auftragsverarbeiter, die Lowell Group Shared Services Ltd., UK, Ellington House 9 Savannah Way, Leeds Valley Park, Leeds, West Yorkshire, LS10 1AB. Die Lowell Group Shared Services gehört zur internationalen Lowell Gruppe. Für Datenübermittlungen nach UK besteht ein sog. Angemessenheitsbeschluss der EU-Kommission vom 28.06.2021, der auf unserer Website (<https://www.lowellgroup.de/ueber-uns>) abgerufen oder über unseren Datenschutzbeauftragten angefordert werden kann.

Ihre Rechte als von der Datenverarbeitung Betroffener:

Ihnen stehen folgende Rechte gegenüber den oben genannten Unternehmen als Verantwortliche nach Art. 15 bis 22 DSGVO zu:

- Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung und auf Datenübertragbarkeit.
- Widerspruchsrecht gegen Verarbeitungen, die auf berechtigte Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten (Art. 6 I lit. f) DSGVO) gestützt werden. Das Widerspruchsrecht besteht insbesondere aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben (z.B. Zeugenschutz, Frauenhaus). Der Widerspruch kann formfrei erfolgen.

Beschwerderecht in Angelegenheiten des Datenschutzes bei einer Aufsichtsbehörde

Sie haben gemäß Art. 77 DSGVO das Recht, sich bei der Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt. Die Anschrift der für die Verantwortlichen zuständigen Aufsichtsbehörde lautet:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen, Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf, <https://www.ldi.nrw.de/impressum>
Die jeweils aktuellste Fassung der Datenschutzhinweise finden Sie unter <https://multiauskunftei.lowellgroup.de/informationen-gemaess-art-14>

Ihr Aktenzeichen: 3212121 (bitte immer angeben)

Proceed Collection Services GmbH | Am EUROPA-CENTER 1b | 45145 Essen

Frau
Yvonne Brearley
Am Königsteich 63
49492 Westerkappeln

Proceed Collection Services GmbH

Kontakt:
konsumenten.lowellgroup.de

Registrierungscode:
kVNm-hKMI



E-Mail: info@pcs-nl-essen.de

Ort | Datum
Essen, 02.10.2024

**Nehmen Sie uns beim Wort.
Zahlungsaufforderung im Auftrag der Deutsche Bank AG**

Sehr geehrte Frau Brearley,

Sie haben mit der Deutsche Bank AG einen Vertrag geschlossen. Leider sind Sie Ihren Zahlungsverpflichtungen hieraus nicht nachgekommen. Die Deutsche Bank AG hat deshalb uns, die Proceed Collection Services GmbH, mit dem Einzug der Forderung beauftragt.

Wir verdienen uns Vertrauen durch faires und verlässliches Handeln. Rechnungen können vergessen werden, das ist menschlich und passiert. Wir verstehen das.

Seit über 65 Jahren finden wir Lösungen von Menschen für Menschen. Es gibt gute Gründe, uns zu vertrauen:

- Wir sind ein registriertes Inkassounternehmen. Darüber hinaus verpflichten wir uns **freiwillig als Mitglied des Bundesverbandes Deutscher Inkasso-Unternehmen e.V.** zur ordnungsgemäßen, gewissenhaften und redlichen Berufsausübung.
- Menschen, die mit uns Kontakt hatten, bewerten uns positiv: **Über 80% Zufriedenheit** in den Kategorien Freundlichkeit, Lösungsfindung und faire Behandlung.
- Allein im letzten Jahr haben wir **über 960.000 Menschen geholfen**, ihre Forderungen final zu bezahlen.
- Über 4.500 Menschen möchten täglich mit uns sprechen. **Wir nehmen uns Zeit und hören zu.**

Zu einer Lösung gehören immer zwei. Wir sind genauso gefragt wie Sie.

Aus diesem Grund sind wir damit beauftragt worden, gemeinsam mit Ihnen eine Lösung zu finden. Wir bitten Sie daher bis zum 12.10.2024 den Gesamtbetrag in Höhe von 6.389,38 EUR unter Angabe Ihres Aktenzeichens 3212121 auf das folgende Konto zu überweisen: IBAN: DE68440100460272041462 BIC: PBNKDEFFXXX Postbank.

Dieser Betrag setzt sich aus der Hauptforderung plus den Kosten und ggf. zzgl. Zinsen zusammen, die bis jetzt durch die verzögerte Zahlung entstanden sind. Eine genaue Auflistung aller Details zu der ausstehenden Forderung finden Sie auf den folgenden Seiten dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen

Anke Blietz – Weidmann
Geschäftsführerin

Proceed Collection Services GmbH | Part of Lowell Group | www.lowellgroup.de

Am EUROPA-CENTER 1b | 45145 Essen | www.lowellgroup.de
Geschäftsführung: Anke Blietz-Weidmann, Eva Eisenschimmel

Personenbezogene Daten zu diesem Vorgang werden gespeichert.

Amtsgericht Essen | HRB 20137
USt-Id-Nummer gemäß § 27 a Umsatzsteuergesetz: DE189910954

Registrierter Inkassodienstleister nach § 10 Abs. 1 Nr. 1 RDG
Mitglied im Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen e.V.
Mitglied in der Gesellschaft für Datenschutz und Datensicherheit e.V.

Ihr Aktenzeichen: 3212121 (bitte immer angeben)

**FÜR SIE, FRAU YVONNE BREARLEY:
ALLE WICHTIGEN DATEN IM ÜBERBLICK**

Auftraggeber: Deutsche Bank AG, Taunusanlage 12, 60325 Frankfurt am Main

Forderung aus Darlehensrückzahlung 6.071,98 EUR

Mahnkosten Auftraggeber ¹	0,00 EUR
*Zinsen (5 Prozentpunkte über Basiszinssatz) Berechnung siehe Anlage	28,23 EUR
abzgl. bisher geleisteter Zahlungen	0,00 EUR

Gesamtforderung der Inkassovergütung ¹		289,17 EUR
Erstattung der vertraglich mit dem Auftraggeber vereinbarten 0,5 Geschäftsgebühr analog Nr. 2300 VV RVG i. V. m. § 14 RVG aus 6.071,98 EUR	223,00 EUR	
Erstattung der vertraglich mit dem Auftraggeber vereinbarten Post- und Telekommunikationspauschale analog Nr. 7002 VV RVG	20,00 EUR	
19 % Umsatzsteuer ²	46,17 EUR	
GESAMTBETRAG		6.389,38 EUR

zzgl. Zinsen i. H. v. 5 Prozentpunkte über dem jeweils gültigen Basiszinssatz aus 6.071,98 EUR ab 03.10.2024.

Sollten wir – bis zum 12.10.2024 bzw. bis wir weitere Maßnahmen eingeleitet haben – keinen Zahlungseingang bei uns verbuchen können, weisen wir Sie jetzt schon darauf hin, dass sich die Inkassokosten weiter erhöhen können.

Ihr Kontakt zu uns



0201/7697015



info@pcs-nl-essen.de



konsumenten.lowellgroup.de

¹ Erläuterung:

Die Mahnkosten des Auftraggebers sind von Ihnen gemäß den vertraglichen Vereinbarungen und §§ 280, 286 BGB als Verzugschaden zu ersetzen. Die in der Zahlungsaufforderung aufgeführte Inkassovergütung haben Sie gemäß der vertraglichen Vereinbarung mit dem Auftraggeber nach §§ 280, 286 BGB aus dem Gesichtspunkt des Verzuges zu erstatten unter Beachtung der Begrenzung nach § 13 e RDG.

² Hinweis zur Vorsteuerabzugsberechtigung

Der Gläubiger ist nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt

Informationen gemäß § 13a RDG

Auftraggeber: Deutsche Bank AG, Taunusanlage 12, 60325 Frankfurt am Main
Der Gläubiger ist nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt

Auflistung der betroffenen Forderungen:

Aktenzeichen	Kunden/Rechnungsnummer	Vertrag vom	Ursprungshauptforderung	Art	Übernahme Inkasso
3212121	211827753580	12.09.2024	6.071,98 EUR	Darlehensrückzahlung	02.10.2024

***Zinsberechnung (Verzugszinsen auf Hauptforderung):**

8,37% p.a. aus EUR 6.071,98 für 20 Tage (13.09.2024 - 02.10.2024) = 28,23 EUR

Aufsichtsbehörde: Oberlandesgericht Hamm, Hesslerstraße 53, 59065 Hamm
E-Mail-Adresse: poststelle@olg-hamm.nrw.de

Informationen gemäß Art. 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Identität des Verantwortlichen:

Proceed Collection Services GmbH, Am EUROPA-CENTER 1 b, 45145 Essen

Die interne Überwachung der Regel- und Rechtskonformität des Geschäftsbetriebes erfolgt in gemeinsamer Verantwortung mit der konzernverbundenen

Lowell Financial Services GmbH, Am EUROPA-CENTER 1b, 45145 Essen als **Mitverantwortliche**.

Die interne Überwachung wird von den bei der Lowell Financial Services zentralisierten Funktionen Compliance, Risk, Information Risk und internal Audit wahrgenommen.

Datenschutzbeauftragte:

Des Verantwortlichen

Proceed Collection Services GmbH, Datenschutzbeauftragte, Am EUROPA-CENTER 1b, 45145 Essen, datenschutz.pcs@lowellgroup.de

Des Mitverantwortlichen

Lowell Financial Services GmbH, Datenschutzbeauftragter, Am EUROPA-CENTER 1b, 45145 Essen, datenschutz@lowellgroup.de

Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden:

Kategorie 0	Personenbezogene Daten	...die frei zugänglich sind. Hierzu gehören im Einzelfall u. a. Adress- und Kommunikations- und sonstige Stammdaten und solche Daten, die der Betroffene, beispielsweise über soziale Medien, selbst öffentlich gemacht hat.
Kategorie 1		...deren unsachgemäße Handhabung keine besondere Beeinträchtigung des Betroffenen erwarten lässt und die aus „beschränkt öffentlichen Quellen“ stammen. Hierzu zählen im Einzelfall u. a. Adress-, Kommunikations- und Forderungsdaten.
Kategorie 2		...deren Verarbeitung grundsätzlich eine Beeinträchtigung des Betroffenen bedingt und/oder gegen deren Verwendung der Schuldner explizite Einwände erhoben hat. Hierzu zählen im Einzelfall u. a. sensible Schuldnerdaten, Bonitätsdaten, Daten über Beziehungen des Betroffenen zu Dritten.
Kategorie 3	Besondere Kategorien personenbezogener Daten	Daten, die in den Art. 9 und 10 der DSGVO genannt sind, Daten betreffend Kinder gem. Art. 8 DSGVO sowie weitere Daten, deren Bekanntwerden ein vergleichbares Schadenspotential mit sich bringt.

Verarbeitungszwecke:

<ul style="list-style-type: none"> l Forderungsmanagement; l Abwicklung des Zahlungsverkehrs; l Bonitätsbewertung und -prüfung, einschließlich der Aufenthalts-, Einkommens- und Vermögensermittlung von Schuldner oder tangierten Dritten; l Identitätsfeststellung; l Interessenkonfliktprüfung; l Forderungseinziehung und -durchsetzung; l Durchsetzung von eigenen Vertragserfüllungsansprüchen sowie solcher von Dritten oder der Unternehmensgruppe; 	<ul style="list-style-type: none"> l Berufsausübung als Inkassodienstleister, Factor oder Sicherungsnehmer; l Erfüllung eigener gesetzlicher und vertraglicher Informations-, Mitteilungs-, Auskunft-, Aufbewahrungs- und sonstiger Pflichten; l Mahnung und Zahlungsaufforderung; l Erfüllung gesetzlicher Schadensminderungspflichten; l Bearbeitung von Einwendungen und Einreden; l Vereinbarungen mit Schuldner oder Dritten über die Zahlungsweise; l Titulierung von Forderungen; l Schaffung von Vollstreckungsmitteln gegenüber Schuldner oder Durchführung von gerichtlichen Mahn- oder Erkenntnisverfahren; 	<ul style="list-style-type: none"> l Forderungsbearbeitung im Zusammenhang mit Einzel- und Gesamtvollstreckung (Insolvenz); l Abwehr von Anfechtungs-, Bereicherungs- oder sonstigen Gegenansprüchen; l Verwaltung bestehender Verträge (Vertragsmanagement); l Scoring; l Forderungsbewertung l Verhinderung und Aufklärung von Straftaten l Geldwäsche- und Terrorismusfinanzierungsprävention l Risiko- und Geschäftssteuerung
--	--	---

Informationen zur Datenherkunft:

Personenbezogene Daten über den Betroffenen werden erhoben bei Gläubigern des Betroffenen, bei Auskunfteien, bei Drittschuldnern, innerhalb der Unternehmensgruppe, bei Gerichten, Behörden und Partnern kraft Amtes, aus zugänglichen Registern und/oder aus öffentlichen Medien, wie dem Internet, Zeitungen, Ausschreibungen und Aushängen.

Rechtsgrundlagen der Verarbeitung:

Als Rechtsgrundlagen der Verarbeitung kommen in Betracht:

- Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO und/oder Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO
- Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO, soweit es um die Verfolgung folgender Zwecke geht: Forderungsmanagement, Abwicklung des Zahlungsverkehrs, Bonitätsbewertung und -prüfung, einschließlich der Aufenthalts-, Einkommens- und Vermögensermittlung von Schuldner oder tangierten Dritten, Identitätsfeststellung, Interessenkonfliktprüfung, der Forderungseinziehung und -durchsetzung, Durchsetzung von eigenen Vertragserfüllungsansprüchen sowie solcher von Dritten oder der Unternehmensgruppe, der Berufsausübung des Verantwortlichen als Inkassodienstleister, Factor oder Sicherungsnehmer, Bearbeitung von Einwendungen und Einreden, Titulierung von Forderungen, Schaffung von Vollstreckungsmitteln gegenüber Schuldner oder Durchführung von gerichtlichen Mahn- oder Erkenntnisverfahren, Forderungsbearbeitung im Zusammenhang mit Einzel- und Gesamtvollstreckung (Insolvenz), Abwehr von Anfechtungs-, Bereicherungs- oder sonstigen Gegenansprüchen, interne Verwaltung personenbezogener Daten innerhalb unserer Unternehmensgruppe und/oder der Forderungsbewertung Abwehr von Schadensersatz-, Erfüllungs- oder sonstigen Leistungsansprüchen, Verhinderung und Aufklärung von Straftaten sowie Risiko- und Geschäftssteuerung.
- Das Vorliegen einer Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO: Soweit eine solche vorliegt, hat der Betroffene das Recht, diese jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird

Kriterien zur Speicherdauer:

Personenbezogene Daten werden bis zur vollständigen Erreichung des Erhebungszwecks oder – im Falle der Weiterverarbeitung – des Weiterverarbeitungszwecks verarbeitet. Bei vollständiger Zweckerreichung (hier insb. zu Nachweiszwecken und zur Abwehr von Sanktionen nach der DSGVO) werden die Daten gelöscht. Die Lowell DACH-Gesellschaften haben sich insoweit einem Sperr-, Prüf- und Löschkonzept unterworfen.

Empfänger personenbezogener Daten:

Gerichte, Behörden und/oder Vollstreckungsorgane – Drittschuldner – Sicherungsgeber und -nehmer – Gläubiger des Betroffenen – Auftraggeber der verantwortlichen Stelle oder der Mitverantwortlichen oder der Unternehmensgruppe – Auskunfteien – Detekteien (im Bedarfsfall) – Mitglieder der Unternehmensgruppe – Vertreter rechts- und steuerberatender Berufe, auch in Mitgliedstaaten der europäischen Union, soweit Sachbearbeitungen einen Auslandsbezug in selbige aufweisen – kooperierende Inkassounternehmen, auch in Mitgliedstaaten der europäischen Union, insbesondere bei Auslandsbezug – Auftragsverarbeiter gem. Art. 28 DSGVO

Informationen gem. Art. 14 Abs. 1 lit. f) DSGVO

Im Rahmen des konzerninternen betrieblichen Rechnungswesens (z.B. Ausgleich von Kostenrechnungen, Verbuchung von Zahlungseingängen, Controlling) übermitteln wir die dafür erforderlichen personenbezogenen Daten an unseren Auftragsverarbeiter, die Lowell Group Shared Services Ltd., UK, Elington House 9 Savannah Way, Leeds Valley Park, Leeds, West Yorkshire, LS10 1AB. Die Lowell Group Shared Services gehört zur internationalen Lowell Gruppe. Für Datenübermittlungen nach UK besteht ein sog. Angemessenheitsbeschluss der EU-Kommission vom 28.06.2021, der auf unserer Website (<https://www.lowellgroup.de/ueber-uns>) abgerufen oder über unseren Datenschutzbeauftragten angefordert werden kann.

Ihre Rechte als von der Datenverarbeitung Betroffener:

Ihnen stehen folgende **Rechte gegenüber den oben genannten Unternehmen als Verantwortliche** nach Art. 15 bis 22 DSGVO zu:

- Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung und auf Datenübertragbarkeit
- Widerspruchsrecht gegen Verarbeitungen, die auf berechtigte Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten (Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO) gestützt werden

Beschwerderecht in Angelegenheiten des Datenschutzes

Sie haben gemäß Art. 77 DSGVO in Angelegenheiten des Datenschutzes das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt. Die Anschrift der für die Verantwortlichen zuständigen Aufsichtsbehörde lautet:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen, Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf, <https://www.ldi.nw.de/Impressum/>

Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall

Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall im Sinne des Art. 22 DSGVO werden nur vollzogen, soweit dies zum Abschluss oder zur Erfüllung eines Vertrages mit Ihnen als betroffener Person erforderlich ist, so beispielsweise zur Verringerung von Prozesskosten, der Betrugsvermeidung oder einer Beschleunigung von Entscheidungsfindungen. In diesem Zusammenhang können die jeweilige Forderungshöhe, Ihr Zahlungsverhalten in der Vergangenheit oder auch Score-Werte, die wir von Auskunfteien übermittelt bekommen, Berücksichtigung finden. Dies kann im Einzelfall und unter Berücksichtigung des Erreichens oder Nichterreichens bestimmter Werte, zur Einschränkung oder Erweiterung von Betreibungsmaßnahmen, beispielsweise der Einräumung eines Ratenzahlungsangebotes, oder der Einstellung der Forderungsbetreibung führen.

Nachfolgende Information erteilen wir Ihnen auf Wunsch der Regis24 GmbH

Zusammenarbeit mit einer Wirtschaftsauskunftei

Gem. Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f) DSGVO prüfen wir zur Wahrung berechtigter Interessen Informationen zu Ihren Adressdaten (ggf. Vorname, Nachname, Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer) und Ihrer Bonität. Hierfür arbeiten wir mit der Regis24 GmbH, Alte Rhinstr. 16, 12681 Berlin, zusammen, von der wir Daten zu diesen Zwecken beziehen bzw. an diese übermitteln. Die Informationen gem. Art. 14 DSGVO zu der bei der Regis24 GmbH stattfindenden Datenverarbeitung erhalten Sie unter www.regis24.de/informationen.

Gemäß Art. 6 Abs. 1 f) DSGVO übermitteln wir Daten über durch uns bearbeitete Forderungen an die Deutsche Multiauskunftei GmbH (DMA), Am Europa-Center 1b, 45145 Essen. Die DMA ist Teil der Lowell Unternehmensgruppe, sie nutzt die ihr gemeldeten Forderungsdaten nicht für die Bildung von Wahrscheinlichkeitswerten und erteilt keine Wirtschaftsauskünfte an Unternehmen außerhalb der Lowell Unternehmensgruppe. Die Art. 14 Information der DMA finden Sie nachfolgend.

Informationen gemäß Art. 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Identität des Verantwortlichen:

Deutsche Multiauskunftei GmbH, Am Europa-Center 1b, 45145 Essen, Datenschutz.DMA@lowellgroup.de

Die interne Überwachung der Regel- und Rechtskonformität des Geschäftsbetriebes erfolgt in gemeinsamer Verantwortung mit der konzernverbundenen Lowell Financial Services GmbH, Am EUROPA-CENTER 1b, 45145 Essen als Mitverantwortliche.

Die interne Überwachung wird von den bei der Lowell Financial Services zentralisierten Funktionen Compliance, Risk, Information Risk und internal Audit wahrgenommen.

Datenschutzbeauftragte:

Des Verantwortlichen

Deutsche Multiauskunftei GmbH, Datenschutzbeauftragte, Am Europa-Center 1b, 45145 Essen, Datenschutz.DMA@lowellgroup.de

Des Mitverantwortlichen

Lowell Financial Services GmbH, Datenschutzbeauftragter, Am EUROPA-CENTER 1b, 45145 Essen, datenschutz@lowellgroup.de

Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden:

Kategorie 0	Personenbezogene Daten	...die frei zugänglich sind. Hierzu gehören im Einzelfall u.a. Adress-, Kommunikations- und sonstige Stammdaten und solche Daten die der Betroffene, beispielsweise über soziale Medien, selbst öffentlich gemacht hat.
Kategorie 1		...deren unsachgemäße Handhabung zwar keine besondere Beeinträchtigung des Betroffenen erwarten lässt und die aus „beschränkt öffentlichen Quellen“ stammen. Hierzu zählen im Einzelfall u.a. Adress-, Kommunikations- u. Forderungsdaten.
Kategorie 2		...deren Verarbeitung grundsätzlich eine Beeinträchtigung des Betroffenen bedingt und/oder solche Daten, gegen deren Verwendung der Schuldner explizite Einwände erhoben hat. Hierzu zählen im Einzelfall u.a. sensible Schuldnerdaten, Bonitätsdaten, Daten über Beziehungen des Betroffenen zu Dritten. Hierzu zählen vor allem Informationen betreffend die Bonität der betroffenen Person, wie Scorewerte, Informationen über das bisherige Zahlungsverhalten, laufende Kredite, unterhaltene Bankverbindungen (Girokonten, Ratenkredite, Kreditkarten, Pfändungsschutzkonten, Basiskonten) oder Informationen zu missbräuchlichem oder sonstigem betrügerischem Verhalten wie Identitäts- oder Bonitätsäuschungen (Positiv- und Negativdaten).
Kategorie 3	Besondere Kategorien personenbezogener Daten	Daten, die in den Art. 9 und 10 der DSGVO genannt sind, Daten betreffend Kinder gem. Art. 8 DSGVO sowie weitere Daten, deren Bekanntwerden ein vergleichbares Schadenspotential mit sich bringt.

Verarbeitungszwecke:

<ul style="list-style-type: none"> Ermittlung und Bereitstellung von Bonitätsinformationen Identitäts- und Altersprüfung Anschriftenermittlung Aufenthaltsermittlung Forderungsbewertung Scoring, nur soweit personenbezogene Daten zu diesem Zweck an den Verantwortlichen übermittelt oder durch den Verantwortlichen erhoben werden und in getrennten Datenbeständen gehalten werden Betrugsprävention Seriositätsprüfung 	<ul style="list-style-type: none"> Geldwäsche- und Terrorismusfinanzierungsprävention Risk- und Compliance-Management Vertragsmanagement Kundenakquise Risikosteuerung interner Verarbeitungs- und Geschäftsprozesse Rechtsverfolgung und Rechtsverteidigung Allgemeine Geschäftssteuerung und Weiterentwicklung von Dienstleistungen und Produkten Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebs 	<ul style="list-style-type: none"> Wahrung immaterieller Schutzrechte Kommunikation mit Kunden sowie natürlichen und juristischen Personen, die in Datenbanken des Verantwortlichen verwaltet werden Erfüllung von gesetzlichen und vertraglichen Informations-, Auskunfts- und Aufbewahrungspflichten Überprüfung und Umsetzung von Betroffenenrechten Ermittlung von betriebsrelevanten Informationen über Insolvenzverfahren (z.B. Insolvenzverwalter, Insolvenzzakenzeichen) Verhinderung und Aufklärung von Straftaten
--	--	---

Informationen zur Datenherkunft:

Personenbezogene Daten über den Betroffenen werden erhoben

bei Gläubigern des Betroffenen, bei Auskunfteien, bei Drittschuldnern, innerhalb der Unternehmensgruppe, bei Gerichten, Behörden und Parteien kraft Amtes, aus zugänglichen Registern und/oder aus öffentlichen Medien, wie dem Internet, Zeitungen, Ausschreibungen und Aushängen.

Rechtsgrundlagen der Verarbeitung:

Als Rechtsgrundlagen der Verarbeitung kommen in Betracht:

- Art. 6 I lit. b) DSGVO und/oder Art. 6 I lit. c) DSGVO
- Art. 6 I lit. f) DSGVO, das insoweit erforderliche berechnete Interesse der Verantwortlichen liegt im Schutz des Wirtschaftsverkehrs, insbesondere unter dem Aspekt des Schutzes von Verbrauchern vor Überschuldung sowie im Interesse der Wirtschaft dahingehend, vor Eingehung von Geschäften mit finanziell ausfallrisiko die Risiken einschätzen zu können. Insoweit dient die Bereitstellung von Informationen zur Kreditwürdigkeitsprüfung der Bewahrung der Empfänger vor Verlusten im Kreditgeschäft, wie bei Schuldverhältnissen mit Vorleistungspflichten des Empfängers von Informationen, und eröffnet gleichzeitig die Möglichkeit, Kreditnehmer und Schuldner durch Beratung vor einer übermäßigen Verschuldung zu bewahren. Die Verarbeitung zu Zwecken der Betrugsprävention, Verhinderung und Aufklärung von Straftaten, Seriositätsprüfung, Geldwäsche- und Terrorismusfinanzierungsprävention, Identitäts- und Altersprüfung, Anschriftenermittlung, Kundenbetreuung oder Risikosteuerung sowie der Tarifierung oder Konditionierung stellt ebenso ein in der Rechtsprechung anerkanntes berechtigtes Interesse dar. Insoweit wird Sicherheit in der Weise geschaffen, dass Scoringverfahren und das vom Verantwortlichen betriebene Kreditinformationssystem über die Verarbeitung von Positiv- und Negativdaten, die z. B. durch Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsunternehmen, Zahlungsinstitute, Telekommunikations-, Handels-, Energieversorgungs- und Versicherungsunternehmen oder Leasinggesellschaften erfolgt, als wichtige Voraussetzungen für das Wirtschaftsleben erhalten bleiben.
- Das Vorliegen einer Einwilligung gem. Art. 6 I lit. a) DSGVO
- Soweit eine solche vorliegt, hat der Betroffene das Recht diese jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

Kriterien zur Speicherdauer:

Personenbezogene Daten werden bis zur vollständigen Erreichung des Erhebungs- oder – im Falle der Weiterverarbeitung – des Weiterverarbeitungszwecks verarbeitet. Bei vollständiger Zweckerreichung werden die Daten gelöscht. Der Verantwortliche hat sich den durch das LDI NRW unter dem 25.05.2018 genehmigten „Verhaltensregeln für die Prüf- und Löschrufen von personenbezogenen Daten durch die deutschen Wirtschaftsauskunfteien“ unterworfen.

Empfänger personenbezogener Daten:

Behörden - Gläubiger des Betroffenen - Auftraggeber der verantwortlichen Stelle oder Mitverantwortlichen oder der Unternehmensgruppe - Andere Auskunfteien - Mitglieder der Unternehmensgruppe - Vertreter rechts- und wirtschaftsberatender Berufe - Auftragsverarbeiter gem. Art. 28 DSGVO

Informationen gem. Art. 14 Abs. 1 lit. f) DSGVO

Im Rahmen des konzerninternen betrieblichen Rechnungswesens (z.B. Ausgleich von Kostenrechnungen, Verbuchung von Zahlungseingängen, Controlling) übermitteln wir die dafür erforderlichen personenbezogenen Daten an unseren Auftragsverarbeiter, die Lowell Group Shared Services Ltd., UK, Ellington House 9 Savannah Way, Leeds Valley Park, Leeds, West Yorkshire, LS10 1AB. Die Lowell Group Shared Services gehört zur internationalen Lowell Gruppe. Für Datenübermittlungen nach UK besteht ein sog. Angemessenheitsbeschluss der EU-Kommission vom 28.06.2021, der auf unserer Website (<https://www.lowellgroup.de/ueber-uns>) abgerufen oder über unseren Datenschutzbeauftragten angefordert werden kann.

Ihre Rechte als von der Datenverarbeitung Betroffener:

Ihnen stehen folgende Rechte gegenüber den oben genannten Unternehmen als Verantwortliche nach Art. 15 bis 22 DSGVO zu:

Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung und auf Datenübertragbarkeit.

Widerspruchsrecht gegen Verarbeitungen, die auf berechnete Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten (Art. 6 I lit. f) DSGVO) gestützt werden. Das Widerspruchsrecht besteht insbesondere aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben (z.B. Zeugenschutz, Frauenhaus). Der Widerspruch kann formfrei erfolgen.

Beschwerderecht in Angelegenheiten des Datenschutzes

bei einer Aufsichtsbehörde
Sie haben gemäß Art. 77 DSGVO das Recht, sich bei der Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt. Die Anschrift der für die Verantwortlichen zuständigen Aufsichtsbehörde lautet:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen, Kavalieriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf, <https://www.ldi.nrw.de/impressum>
Die jeweils aktuellste Fassung der Datenschutzhinweise finden Sie unter <https://multiauskunftei.lowellgroup.de/informationen-gemaess-art-14>

DSL Privatkredit Vertrag

Umsatzsteuerbefreite Dienstleistungen (mit Ratenschutz)

Allgemeine Angaben
Kreditvorgangsnummer
XE1BPV/1/1
Kreditkontonummer
1 1 5 0 2 5 6 4 4 8
Externe ID

Kreditgeber DSL Bank – eine Niederlassung der Deutsche Bank AG, Friedrich-Ebert-Allee 114-126, 53113 Bonn (nachfolgend „Bank“ genannt)

Vermittler
Vorname | Titel
Olga
Name
Paustian CB
Straße, Hausnummer
Hansestr. 14
Postleitzahl | Ort
23558 Lübeck
Telefon
0451 1408 7153
Telefax
0451 1408 287153
E-Mail-Adresse
olga.paustian@drklein.de
Vermittlungsnummer
1899911142

- ☒ Ich möchte einen DSL Privatkredit.
☒ Ich möchte meinen bestehenden DSL Privatkredit aufstocken.
☐ Ich möchte eine Restschuld bei einer anderen Bank ablösen.

Angaben zum Ratenschutz
1. Kreditnehmerin/Kreditnehmer
☐ Ich wünsche den Abschluss des Ratenschutzes für den Todesfall inklusive der Absicherung bei Arbeitsunfähigkeit und bei Arbeitslosigkeit.
☐ Ich wünsche nur den Ratenschutz im Todesfall inkl. Arbeitsunfähigkeitsabsicherung.
☒ Ich wünsche nur den Ratenschutz im Todesfall.

2. Kreditnehmerin/Kreditnehmer
☐ Ich wünsche den Ratenschutz im Todesfall.
☐ Ich verzichte auf den Ratenschutz im Todesfall.

Hinweis: Arbeitsunfähigkeits- und Arbeitslosigkeitsversicherung werden für den 2. Kreditnehmer nicht angeboten.

Kreditnehmer

(1. und 2. Kreditnehmer nachstehend „Kreditnehmer“ genannt)

1. Kreditnehmer
☒ Frau ☐ Herr
sämtliche Vornamen | Titel
Yvonne
Name
Breareley
Straße, Hausnummer
Alte Poststraße 13A
Postleitzahl | Ort
49492 Westerkappeln
Geburtsdatum | Geburtsort
14.07.1977 Osnabrück

Familienstand
Ledig
Berufliche Stellung
Rentner
Staatsangehörigkeit
deutsch
(freiwillige Angabe) Telefon
054049944738
(freiwillige Angabe) E-Mail
ybreareley@gmx.de

Meine persönlichen Angaben zur Steuerpflicht
deutsche Steuer-Identifikationsnummer (TIN)
Ggf. Grund, weshalb keine TIN vorhanden ist:
☒ Die TIN ist mir nicht bekannt.

Angaben zum Beschäftigungsverhältnis
Ich bin ungekündigt beschäftigt seit: Datum
Ich bin befristet beschäftigt Datum
☒ nein ☐ ja, befristet bis

Die Befristung wurde bereits einmal verlängert ☐ ja ☐ nein

Meine persönlichen Angaben
Ich wohne ☒ zur Miete. ☐ in Eigentum. ☐ bei den Eltern.
Meine Adresse hat sich in den letzten drei Jahren geändert: ☐ ja ☒ nein

Straße, Hausnummer
Postleitzahl | Ort

Meine Einnahmen
Mein Nettoeinkommen EUR
2.505,75
Mieteinnahmen 100 % 60 %
EUR EUR
Meine sonstigen Einnahmen EUR

2. Kreditnehmer ☐ Frau ☐ Herr
sämtliche Vornamen | Titel

Name
Straße, Hausnummer

Postleitzahl | Ort

Geburtsdatum | Geburtsort

Familienstand

Berufliche Stellung

Staatsangehörigkeit

(freiwillige Angabe) Telefon

(freiwillige Angabe) E-Mail

DSL Privatkredit Vertrag

Kreditvorgangsnummer: XE1BPV/1/1

Kreditkontonummer: 1 1 5 0 2 5 6 4 4 8

Meine persönlichen Angaben zur Steuerpflicht
deutsche Steuer-Identifikationsnummer (TIN)
Ggf. Grund, weshalb keine TIN vorhanden ist:
☐ Die TIN ist mir nicht bekannt.

Angaben zum Beschäftigungsverhältnis
Ich bin ungekündigt beschäftigt seit: Datum
Ich bin befristet beschäftigt Datum
☐ nein ☐ ja, befristet bis
Die Befristung wurde bereits einmal verlängert ☐ ja ☐ nein

Meine persönlichen Angaben
Ich wohne ☐ zur Miete. ☐ in Eigentum. ☐ bei den Eltern.
Meine Adresse hat sich in den letzten drei Jahren geändert: ☐ ja ☐ nein
Straße, Hausnummer

Postleitzahl Ort

Meine Einnahmen
Mein Nettoeinkommen EUR
Mieteinnahmen 100 % 60 %
EUR EUR
Meine sonstigen Einnahmen EUR

Gemeinsame Angaben
Ich habe/Wir haben unterhaltsberechtigende Kinder: 0
Zu meinem/unserem Haushalt gehören (Personen inkl. Kinder): 1
Meine/Unsere gemeinsamen monatlichen Ausgaben:
Miete (inkl. Nebenkosten)/Nebenkosten bei Wohneigentum: 450,00 EUR
Baufinanzierungsrate: EUR
Weitere Kreditraten: 0,00 EUR
Unterhaltszahlungen: 0,00 EUR
Leasingraten: 191,64 EUR
Sparraten (nur in Verbindung mit Finanzierungen): EUR
Private Krankenversicherung: EUR

Kreditberechnung, Kosten, Rückzahlung
Auszahlungsbetrag: 40.000,00 EUR
Nettodarlehensbetrag: 43.802,80 EUR
Der Nettodarlehensbetrag ist der Auszahlungsbetrag zuzüglich mitfinanzierter Kosten des Ratenschutzes.

Kosten des Ratenschutzes: 3.802,80 EUR
Sollzins jährlich: 9,19 %

gebunden bis zum Ende der Vertragslaufzeit. Die Verpflichtung zur Zahlung von Zinsen beginnt mit dem Kalendertag der Auszahlung (Anweisung durch die Bank) oder ersten Teilzahlung.

Effektiver Jahreszins: 9,59 %

Der effektive Jahreszins wurde berechnet auf der Grundlage der vom Kreditnehmer gemachten Angaben und den für den Kredit geltenden Bedingungen. Bei der Berechnung des effektiven Jahreszinses wird von der Annahme ausgegangen, dass der Kreditvertrag für den vereinbarten Zeitraum gilt und dass Bank und Kreditnehmer ihren Verpflichtungen zu den im Kreditvertrag niedergelegten Bedingungen und Terminen nachkommen. Für die Berechnung des effektiven Jahreszinses wurden zusätzlich folgende Annahmen zugrunde gelegt:

Nach den Kreditvertragsbedingungen ist es dem Kreditnehmer freigestellt, wann er den Kredit in Anspruch nehmen will. Für die Berechnung des effektiven Jahreszinses wurde daher die gesetzliche Annahme zugrunde gelegt, dass der Kreditnehmer den Kredit in voller Höhe in Anspruch nimmt am 30. des auf den Vertragsschluss folgenden Monats. Der effektive Jahreszins kann sich unter Umständen ermäßigen oder erhöhen, wenn sich eine der bei seiner Berechnung zugrunde gelegten Annahmen ändert.

Gesamtbetrag: 67.080,57 EUR

Der Gesamtbetrag ist errechnet auf der Grundlage der bei Vertragsabschluss maßgeblichen Kreditkonditionen, sowie der bei der Berechnung des effektiven Jahreszinses zugrunde gelegten Annahmen. Der Gesamtbetrag setzt sich zusammen aus dem Nettodarlehensbetrag und den Zinsen.

Hinweis: Dieser Betrag kann sich ermäßigen oder erhöhen, wenn sich die der Berechnung zugrunde gelegten Annahmen oder Vertragsbedingungen ändern.

Teilzahlungen

– Gesamtzahl der Raten: 120

119 Zins- und Tilgungsraten in Höhe von: 560,00 EUR

1 Schlussrate: 440,57 EUR

– Raten jeweils fällig am:

☒ letzten Tag eines jeden Monats. ☐ 15. eines jeden Monats.

Zusätzlich weisen wir Ihnen informativ Ihre Kreditrate ohne Versicherung aus: 511,00 EUR

Tageszinsen und Fälligkeit der ersten monatlichen Rate

Beträgt der Zeitraum ab dem Kalendertag der Auszahlung des Kredits (Anweisung zur Auszahlung durch die Bank) bis zum oben ausgewählten Ratenfälligkeitstermin weniger als 30 Zinstage (d.h. nicht am 1. oder 16. eines Monats), berechnet die Bank zunächst nur Tageszinsen vom Auszahlungsdatum bis zum nächsten Ratenfälligkeitstermin. Sie zieht diese Tageszinsen zu dem Ratenfälligkeitstermin ein, der dem Auszahlungsdatum folgt.

Wird der Kredit nur teilweise ausgezahlt, so sind auf die ausgezahlten Teiloeträge bis zum Ratenfälligkeitstermin, der der letzten Teilzahlung folgt, Tageszinsen zu entrichten.

Die Bank zieht die erste Rate zu dem Ratenfälligkeitstermin ein, der dem Einzug der Tageszinsen folgt.

Erfolgt die Auszahlung am 1. oder am 16. eines Monats, zieht die Bank die erste Rate am nächsten Ratenfälligkeitstermin ein; Tageszinsen fallen in diesem Fall nicht an.

Vertragslaufzeit

Auf der Basis der für die Berechnung des Gesamtbetrages getroffenen Annahmen ergibt sich eine voraussichtliche Kreditlaufzeit von 120 Monaten.

Hinweis: Diese Kreditlaufzeit kann sich verkürzen oder verlängern, wenn sich eine der zugrunde gelegten Annahmen ändert.

Kreditart

Bei diesem Kreditvertrag handelt es sich um einen Allgemein-Verbraucherdarlehensvertrag als Ratenkredit mit annuitätischer Tilgung. Der Kreditnehmer entrichtet während der gesamten Vertragslaufzeit gleichbleibende Raten, die sowohl einen Zins- als auch einen Tilgungsanteil enthalten (Annuitäten). Mit fortlaufender Rückzahlung des Kredits sinken die zu entrichtenden Sollzinsen. Da die Rate bis zum Ende der Vertragslaufzeit gleich hoch bleibt, nimmt bei sinkendem Zinsanteil der in der Rate enthaltene Tilgungsanteil zu. Die letzte Rate kann von den übrigen Raten abweichen.

Einschränkung des Verwendungszwecks

Der Kreditnehmer darf den Kredit nicht für den Erwerb oder die Erhaltung des Eigentumsrechts an Grundstücken (auch Wohnungseigentum), an bestehenden oder zu errichtenden Gebäuden (auch Erwerb eines Fertighauses) oder für den Erwerb oder die Erhaltung von grundstücksgleichen Rechten (auch Erbbaurechte und selbständiges Gebäudeeigentum) verwenden. Hierunter fällt auch die Verwendung des Kredits zur Abwendung einer Zwangs- oder Teilungsversteigerung. Der Kreditnehmer kann den Kredit jedoch zur Renovierung oder zum Substanzerhalt einer Immobilie verwenden.

Keine Besicherung durch ein Grundpfandrecht/Reallast

Sollte zugunsten der Bank ein Grundpfandrecht oder eine Reallast als Sicherheit bestellt sein oder noch bestellt werden oder im Zusammenhang mit der Bestellung dieses Grundpfandrechts oder dieser Reallast ein abstraktes Schuldversprechen übernommen worden sein oder noch übernommen werden (Grundpfandrecht, Reallast und abstraktes Schuldversprechen insgesamt „die Sicherheit“), so dient die Sicherheit nicht der Sicherung von Ansprüchen der Bank aus diesem Allgemein-Verbraucherdarlehensvertrag. Diese Vereinbarung geht für die Sicherheit geltenden Sicherungszweckabrede vor, wenn und soweit die Sicherungszweckabrede etwas Abweichendes bestimmt.

DSL Privatkredit Vertrag

Kreditvorgangsnummer: XE1BPV/1/1

Kreditkontonummer: 1 1 5 0 2 5 6 4 4 8

Auszahlungsbedingungen

Voraussetzung für die Auszahlung des Kredits ist, dass sich die Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers zwischen dem Abschluss des Kreditvertrags und dem Auszahlungszeitpunkt nicht verschlechtert hat.

Die Kreditauszahlung erfolgt auf folgendes Girokonto des Kreditnehmers

IBAN

DE44265400700516030400

BIC

COBADEFFXXX

Kreditinstitut

Commerzbank Osnabrück

Kontoinhaber/Kontoinhaber

Yvonne Brearley

Die im Nettodarlehensbetrag enthaltene und mitfinanzierte Prämie für den (freiwilligen) Ratenschutz wird an die Versicherung ausgezahlt.

Sicherheiten

Als Sicherheit für alle gegenwärtigen und künftigen Ansprüche der Bank gegen den Kreditnehmer aus diesem Kredit dienen:

- das **AGB-Pfandrecht** an Wertpapieren, Sachen und Ansprüchen nach Ziff. 14 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen Postbank.
- **Abtretung von Ansprüchen auf Arbeitseinkommen und Sozialleistungen.**

Sollte der Kreditvertrag nichtig sein, wirksam angefochten, widerrufen oder aufgehoben werden oder aus sonstigen Gründen unwirksam oder nicht vollziehbar sein, so sind auch alle hieraus resultierenden vertraglichen und gesetzlichen Ansprüche der Bank gegen den Kreditnehmer durch die oben erwähnten Sicherheiten gesichert.

Sicherungsabtretung

Der Kreditnehmer (bei mehreren Personen alle Kreditnehmer) tritt hiermit an die dies annehmende Bank den der Pfändung unterworfenen Teil aller seiner gegenwärtigen und künftigen Ansprüche auf Arbeitseinkommen jeder Art einschließlich Pensionsansprüchen, Provisionsforderungen, Tantiemen, Gewinnbeteiligungen sowie Abfindungen gegen seinen jeweiligen Arbeitgeber und auf Sozialleistungen (insbesondere Arbeitslosengeld, Übergangsgeld, Leistungen der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung, einschließlich eventueller Beitragserstattungsansprüche, Renten wegen der Minderung der Erwerbsfähigkeit) ab. Mehrere Arbeitseinkommen und/oder laufende Geldleistungen nach dem Sozialgesetzbuch werden zusammen gerechnet. Der nach dem so festgestellten Gesamteinkommen unpfändbare Betrag ist dem höheren Einkommen bzw. bei Zusammentreffen mit Sozialgeldleistungen den Sozialgeldleistungen zu entnehmen. Die Abtretung ist der Höhe nach beschränkt auf den in diesem Kreditvertrag angegebenen Gesamtbetrag zzgl. einer Pauschale in Höhe von 20 % des Nettodarlehensbetrags für etwaige Ansprüche wegen Zahlungsverzugs.

Informationspflichten des Kreditnehmers

Der Kreditnehmer verpflichtet sich, die Bank von einem Arbeitsplatzwechsel, einer Änderung des Wohnsitzes oder einer Pfändung abgetretener Ansprüche unverzüglich zu unterrichten.

Offenlegung und Verwertung

Die Bank ist zur Offenlegung und Verwertung berechtigt, wenn und soweit der Kreditnehmer mit mindestens zwei Monatsraten in Verzug ist und mindestens zweimal schriftlich zur Zahlung aufgefordert worden ist, wobei die erste Zahlungsaufforderung schon nach Verzug mit nur einer Rate erfolgen kann oder wenn die Bank berechtigt ist, das Kreditverhältnis aus wichtigem Grund zu kündigen. Die Bank ist nach Offenlegung berechtigt, vom Drittschuldner der abgetretenen Forderung Auskünfte einzuholen, die für den Wert der Abtretung als Kreditsicherheit von Bedeutung sind.

Zur Offenlegung und Verwertung ist die Bank erst nach vorheriger Androhung mit angemessener Nachfrist berechtigt. Diese Frist wird so bemessen sein, dass sie dem Kreditnehmer sowohl das Vorbringen von Einwendungen als auch das Bemühen um Zahlung der geschuldeten Beträge zur Abwendung der Verwertung ermöglicht. Sie wird in der Regel vier Wochen betragen. Die Bank kann die Androhung mit einer Zahlungsaufforderung verbinden. Eine Fristsetzung ist nicht erforderlich, wenn der Kreditnehmer seine Zahlungen eingestellt hat oder die Eröffnung eines gerichtlichen Insolvenzverfahrens über sein Vermögen beantragt worden ist.

Freigabe

Die Forderungsabtretung entfällt, wenn die mit ihr gesicherten Ansprüche vollständig befriedigt sind.

Bei fortschreitender Rückzahlung ist die Bank auf Verlangen des Kreditnehmers verpflichtet, abgetretene Forderungen durch Herabsetzung des haftenden Höchstbetrages freizugeben, soweit sie die gesicherten Ansprüche dauerhaft um mehr als 20 % übersteigen.

Tilgungsplan

Hinweis: Der Kreditnehmer kann von der Bank jederzeit einen kostenfreien Tilgungsplan verlangen.

Verlangt der Kreditnehmer einen Tilgungsplan, muss aus diesem hervorgehen, welche Zahlungen in welchen Zeitabständen zu leisten sind und welche Bedingungen für diese Zahlungen gelten. Dabei ist aufzuschlüsseln, in welcher Höhe die Teilzahlungen auf das Darlehen, die nach dem Sollzinssatz berechneten Zinsen und die sonstigen Kosten angerechnet werden. Ist der Sollzinssatz nicht gebunden oder können die sonstigen Kosten angepasst werden, so ist in dem Tilgungsplan in klarer und verständlicher Form anzugeben, dass die Daten des Tilgungsplans nur bis zur nächsten Anpassung des Sollzinssatzes oder der sonstigen Kosten gelten. Der Tilgungsplan ist dem Kreditnehmer auf einem dauerhaften Datenträger zur Verfügung zu stellen.

Einkommensnachweise

Der Kreditnehmer hat der Bank auf Verlangen seine wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere durch Vorlage von Einkommensnachweisen, Vermögensaufstellungen und Jahresabschlüssen, offen zu legen, damit die Bank sich ein klares zeitnahes Bild über seine wirtschaftliche Lage machen sowie die Anforderungen der Bankenaufsicht erfüllen kann.

Kommt der Kreditnehmer dieser Verpflichtung trotz Mahnung und Nachfristsetzung nicht nach, so kann die Bank den Kredit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen.

Gesamtschuldner

Mehrere Kreditnehmer haften für die Verbindlichkeiten aus diesem Vertrag als Gesamtschuldner, jeder von ihnen kann alleine über den Kredit verfügen.

Vorzeitige Rückzahlung

Der Kreditnehmer hat das Recht, den Kredit jederzeit ganz oder teilweise vorzeitig zurückzahlen. Die Bank wird hierfür keine Vorfälligkeitsentschädigung berechnen. Eine vorzeitige Rückzahlung soll der Kreditnehmer der Bank möglichst in Textform rechtzeitig vor dem gewünschten Rückzahlungstermin ankündigen und diese Ankündigung möglichst an DSL Bank – eine Niederlassung der Deutsche Bank AG, Abt. Bestandsbetreuung, Edmund-Rumpler-Str. 3, 51149 Köln richten.

Kündigung des Kreditvertrags

Kündigungsmöglichkeiten des Kreditnehmers

Der Kreditnehmer kann den Kreditvertrag während der Vertragslaufzeit nicht ordentlich kündigen. Das Recht des Kreditnehmers zur ganz oder teilweisen Rückzahlung des Kredits bleibt hiervon unberührt.

Der Kreditnehmer kann den Kreditvertrag jederzeit fristlos kündigen, wenn die Bank gegen die Pflicht zur Kreditwürdigkeitsprüfung verstoßen hat (§ 505 d Abs. 1 Satz 3 BGB). Dieses Kündigungsrecht besteht nicht, wenn bei einer ordnungsgemäßen Kreditwürdigkeitsprüfung der Kreditvertrag hätte geschlossen werden dürfen oder soweit der Mangel der Kreditwürdigkeitsprüfung darauf beruht, dass der Kreditnehmer der Bank vorsätzlich oder grob fahrlässig Informationen, die für die Kreditwürdigkeitsprüfung erforderlich gewesen wären, unrichtig erteilt oder vorenthalten hat. Fehlen im Kreditvertrag Angaben zur Laufzeit oder zum Kündigungsrecht, ist der Kreditnehmer jederzeit zur Kündigung berechtigt (§ 494 Abs. 6 Satz 1 BGB).

Kündigungsmöglichkeiten für beide Vertragsparteien

Sowohl der Kreditnehmer als auch die Bank können den Kreditvertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist aus wichtigem Grund kündigen (§ 314 BGB). Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn der kündigenden Vertragspartei (Kreditnehmer oder Bank) unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls und unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses bis zur vereinbarten Beendigung oder bis zum Ablauf einer Kündigungsfrist nicht zugemutet werden kann. Besteht der wichtige Grund in der Verletzung einer Pflicht aus dem Kreditvertrag, ist die Kündigung erst nach erfolglosem Ablauf einer zu Abhilfe bestimmten Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig. § 323 Abs. 2 Nr. 1 und 2 BGB findet entsprechend Anwendung. Der Berechtigte kann nur innerhalb einer angemessenen Frist kündigen, nachdem er vom Kündigungsgrund Kenntnis erlangt hat.

Beide Vertragsparteien können jeweils den Kreditvertrag kündigen (§ 313 Abs. 3 BGB), wenn bei Wegfall der Geschäftsgrundlage nach § 313 Abs. 1 und 2 BGB eine Anpassung des Kreditvertrags nicht möglich oder nicht zumutbar ist.

Kündigungsmöglichkeiten der Bank

Die Bank kann den Kreditvertrag vor Auszahlung des Kredits im Zweifel stets, nach Auszahlung nur in der Regel fristlos kündigen (§ 490 Abs. 1 BGB), wenn in den Vermögensverhältnissen des Kreditnehmers oder in der Werthaltigkeit einer für den Kredit gestellten Sicherheit eine wesentliche Verschlechterung eintritt oder einzutreten droht, durch die die Rückzahlung des Kredits, auch unter Verwertung der Sicherheit, gefährdet wird.

DSL Privatkredit Vertrag

Kreditvorgangsnummer: XE1BPV/1/1

Kreditkontonummer: 1 1 5 0 2 5 6 4 4 8

noch Kündigung des Kreditvertrags

Wegen Zahlungsverzug des Kreditnehmers kann die Bank den Kreditvertrag nur dann kündigen (§ 498 Abs. 1 BGB), wenn der Kreditnehmer mit mindestens zwei aufeinander folgenden Teilzahlungen ganz oder teilweise in Verzug ist, bei einer Vertragslaufzeit bis zu 3 Jahren mit mindestens 10 Prozent oder bei einer Vertragslaufzeit von mehr als 3 Jahren mit mindestens 5 Prozent des Nennbetrags des Kredits (entspricht dem Nettodarlehensbetrag) in Verzug ist und die Bank dem Kreditnehmer erfolglos eine zweiwöchige Frist zur Zahlung des rückständigen Betrags mit der Erklärung gesetzt hat, dass sie bei Nichtzahlung innerhalb der Frist die gesamte Restschuld verlangt. Die Bank wird dem Kreditnehmer spätestens mit der Fristsetzung ein Gespräch über die Möglichkeit einer einverständlichen Regelung anbieten.

Die Bank kann den Kreditvertrag nicht allein deshalb kündigen, weil die vom Kreditnehmer vor Vertragsabschluss gemachten Angaben unvollständig waren oder weil die Kreditwürdigkeitsprüfung des Kreditnehmers nicht ordnungsgemäß durchgeführt wurde; dies gilt nicht, soweit der Mangel der Kreditwürdigkeitsprüfung darauf beruht, dass der Kreditnehmer der Bank für die Kreditwürdigkeitsprüfung relevante Informationen wesentlich vorenthalten oder diese gefälscht hat.

Form der Kündigung

Die Kündigung durch den Kreditnehmer bedarf keiner Form und wird mit Zugang bei der Bank – bzw. bei Kündigung unter Einhaltung einer Kündigungsfrist mit Zugang und Ablauf der Kündigungsfrist – wirksam. Wird die Kündigung in Textform erklärt, sollte diese möglichst an DSL Bank – eine Niederlassung der Deutsche Bank AG, Abt. Bestandsbetreuung, Edmund-Rumpler-Str. 3, 51149 Köln gerichtet werden.

Die Kündigung durch die Bank bedarf der Textform und wird mit Zugang beim Kreditnehmer – bzw. bei Kündigung unter Einhaltung einer Kündigungsfrist mit Zugang und Ablauf der Kündigungsfrist – wirksam.

Kosten bei Zahlungsverzug

Wichtiger Hinweis

Ausbleibende Zahlungen können schwer wiegende Folgen für den Kreditnehmer haben (z.B. Kündigung des Kredits, Meldung an die SCHUFA, Zwangsvollstreckung) und die Erlangung eines weiteren Kredits erschweren.

Bei Zahlungsverzug wird die Bank dem Kreditnehmer Verzugszinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz pro Jahr berechnen. Der Basiszinssatz beträgt per 01.01.2022 -0,88 % p.a. Er wird von der Deutschen Bundesbank ermittelt und jeweils zum 1. Januar und 1. Juli eines jeden Jahres festgesetzt.

Anwendbares Recht

Für den Vertragsschluss und die gesamte Geschäftsverbindung zwischen dem Kreditnehmer und der Bank gilt deutsches Recht.

Datenübermittlung an die SCHUFA und Befreiung vom Bankgeheimnis

Die Bank übermittelt im Rahmen dieses Vertragsverhältnisses erhobene personenbezogene Daten über die Beantragung, die Durchführung und Beendigung dieser Geschäftsbeziehung sowie Daten über nicht vertragsgemäßes Verhalten oder betrügerisches Verhalten an die SCHUFA Holding AG, Kormoranweg 5, 65201 Wiesbaden. Rechtsgrundlagen dieser Übermittlungen sind Artikel 6 Absatz 1 lit. b und Artikel 6 Absatz 1 lit. f der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO). Übermittlungen auf der Grundlage von Artikel 6 Absatz 1 lit. f DS-GVO dürfen nur erfolgen, soweit dies zur Wahrung berechtigter Interessen der Bank/Sparkasse oder Dritter erforderlich ist und nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen. Der Datenaustausch mit der SCHUFA dient auch der Erfüllung gesetzlicher Pflichten zur Durchführung von Kreditwürdigkeitsprüfungen von Kunden (§ 505a des Bürgerlichen Gesetzbuches, § 18a des Kreditwesengesetzes).

Der Kunde befreit die Bank insoweit auch vom Bankgeheimnis.

Die SCHUFA verarbeitet die erhaltenen Daten und verwendet sie auch zum Zwecke der Profilbildung (Scoring), um ihren Vertragspartnern im Europäischen Wirtschaftsraum und in der Schweiz sowie ggf. weiteren Drittländern (sofern zu diesen ein Angemessenheitsbeschluss der Europäischen Kommission besteht oder Standardvertragsklauseln vereinbart wurden, die unter www.schufa.de eingesehen werden können) Informationen unter anderem zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit von natürlichen Personen zu geben. Nähere Informationen zur Tätigkeit der SCHUFA können dem SCHUFA-Informationsblatt nach Art. 14 DS-GVO entnommen oder online unter www.schufa.de/datenschutz eingesehen werden.

Datenübermittlung an Infocore und Befreiung vom Bankgeheimnis

Die Bank übermittelt Ihre Daten (Name, Adresse und ggf. Geburtsdatum) zum Zweck der Bonitätsprüfung, dem Bezug von Informationen zur Beurteilung des Zahlungsausfallrisikos auf Basis mathematisch-statistischer Verfahren unter Verwendung von Anschriftendaten an die **infocore Consumer Data GmbH, Rheinstr. 99, 76532 Baden-Baden**. Rechtsgrundlagen dieser Übermittlungen sind Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f der DSGVO. Übermittlungen auf der Grundlage dieser Bestimmungen dürfen nur erfolgen, soweit dies zur Wahrnehmung berechtigter Interessen unseres Unternehmens oder Dritter erforderlich ist und nicht die Interessen der Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Personen, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen. Detaillierte Informationen zur ICD i.S.d. Art. 14 Europäische Datenschutzgrundverordnung („EU DSGVO“), d.h. Informationen zum Geschäftszweck, zu Zwecken der Datenspeicherung, zu den Datenempfängern, zum Selbstauskunftsrecht, zum Anspruch auf Löschung oder Berichtigung etc. finden Sie in der Anlage beziehungsweise unter www.finance.arvato.com/icdinfoblatt.

Der Kunde befreit die Bank insoweit auch vom Bankgeheimnis.

Übermittlung, Verarbeitung und Nutzung von Daten an den Kreditvermittler

☒ Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass die Bank den aktuellen Bearbeitungsstatus und die Anforderung weiterer zur Kreditbearbeitung erforderlicher Unterlagen an den oben genannten Kreditvermittler übermitteln kann. Weiter bin ich/sind wir damit einverstanden, dass die Originalunterlagen sowie der Ablehnungsgrund an den oben genannten Kreditvermittler übergeben werden können, sofern ein Vertrag nicht zustande kommt.

☒ Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass der Kreditvermittler auf Anfrage über die aktuelle Restschuld und die aktuelle Restlaufzeit des laufenden Kredits von der Bank informiert wird.

Im Umfang der vorstehend erteilten Einwilligungen befreie ich/befreien wir die Bank vom Bankgeheimnis.

Die vorstehenden Einwilligungen sind freiwillig und können jederzeit auch einzeln für die Zukunft widerrufen werden. Nichterteilung und Widerruf der vorstehenden Einwilligungen sind ohne Auswirkung auf die Kreditentscheidung und Vertragsdurchführung.

Hinweis zur Datenübermittlung an den Kreditvermittler

Mir/Uns ist bekannt, dass meine/unsere Antragsdaten sowie die Informationen über den erfolgten/nicht erfolgten Vertragsabschluss von der Bank an den Vermittler übermittelt und dort zu Abrechnungszwecken im Rahmen der Provisionszahlungen verarbeitet und genutzt werden. In diesem Umfang entbinde ich/entbinden wir die Bank vom Bankgeheimnis.

Erklärung zum Geldwäschegesetz

Ich handle im eigenen wirtschaftlichen Interesse und nicht auf fremde Veranlassung (insbesondere nicht als Treuhänder).

Mir ist bekannt, dass die Bank den Kreditvertrag nur bei eigenem wirtschaftlichen Interesse des Kunden abschließt.

Gemäß dem Geldwäschegesetz bin ich verpflichtet, etwaige sich im Laufe der Geschäftsbeziehung ergebende Änderungen der gegenüber der Bank gemachten Pflichtangaben dieser unverzüglich anzuzeigen.

Außergerichtliche Streit-schlichtung und Beschwerdemöglichkeit

Die Bank nimmt am Streitbeilegungsverfahren der Verbraucherschlichtungsstelle „Ombudsmann der privaten Banken“ (www.bankenombudsmann.de) teil. Dort hat der Verbraucher die Möglichkeit, zur Beilegung einer Streitigkeit mit der Bank den Ombudsmann der privaten Banken anzurufen. Näheres regelt die „Verfahrensordnung des Ombudsmanns der privaten Banken“, die auf Wunsch zur Verfügung gestellt wird oder im Internet unter www.bankenverband.de abrufbar ist. Die Beschwerde ist in Textform (z.B. mittels Brief, Telefax oder E-Mail) an die Kundenbeschwerdestelle beim Bundesverband deutscher Banken e.V., Postfach 04 03 07, 10062 Berlin, Fax: 030 1663-3169, E-Mail: ombudsmann@bdb.de, zu richten.

DSL Privatkredit Vertrag

Kreditvorgangsnummer: XE1BPV/1/1

Kreditkontonummer: 1 1 5 0 2 5 6 4 4 8

Zuständige Aufsichtsbehörden Die für die Bank zuständige Aufsichtsbehörde ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn und Marie-Curie-Straße 24–28, 60439 Frankfurt (Internet: www.bafin.de).

Europäische Zentralbank, Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main (Internet: www.ecb.europa.eu).

Hinweise zur Erhebung der Steuer-Identifikationsnummer (TIN) bzw. der Wirtschafts-Identifikationsnummer (WID)/ Steuernummer (St.-Nr.)

Seit 2018 sind alle Banken gesetzlich nach § 154 Abgabenordnung (AO) verpflichtet, bestimmte Daten für jeden Kontoinhaber sowie jeden anderen Verfügungsberechtigten und jeden wirtschaftlich Berechtigten zu erheben und aufzuzeichnen. Bei natürlichen Personen muss u. a. die Steuer-ID nach § 139b AO und bei nicht natürlichen Personen die Wirtschafts-ID oder ersatzweise die Steuernummer nach § 139c AO zum betroffenen Kontoinhaber vorliegen.

Der Kontoinhaber sowie gegebenenfalls für ihn handelnde Personen haben dem Kreditinstitut die Steuer-ID bzw. Wirtschafts-ID unverzüglich mitzuteilen und im Laufe der Geschäftsbeziehung ergebende Änderungen unverzüglich anzuzeigen.

Falls Sie als Kunde bei Vertragsabschluss Ihre Steuer-ID nicht zur Hand haben, teilen Sie uns diese bitte spätestens 14 Tage nach Vertragsabschluss schriftlich mit (Mitwirkungspflicht). Sollten Sie Ihrer Mitwirkungspflicht nicht nachkommen und kann die Bank Ihre Steuer-ID auch nicht aus anderem Anlass rechtmäßig erfassen, kann die Bank im Wege des maschinellen Anfrageverfahren die Steuer-ID für natürliche Personen beim Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) erfragen.

Sofern die zu erhebenden Daten aufgrund unzureichender Mitwirkung des Vertragspartners und ggf. für ihn handelnde Personen nicht ermittelt werden können, sind wir verpflichtet dies festzuhalten und dem BZSt dies mitzuteilen.

Hinweis auf das Widerrufsrecht des Kreditnehmers Der Kreditnehmer hat das Recht, den Kreditvertrag innerhalb von 14 Kalendertagen zu widerrufen. Angaben zur Frist und die anderen Umstände für die Erklärung des Widerrufs sowie die Verpflichtung des Kreditnehmers, ein bereits ausbezahltes Darlehen zurückzuzahlen und Zinsen zu vergüten sowie die Angabe über den pro Tag zu zahlenden Zinsbetrag sind der nachstehenden Widerrufsinformation zu entnehmen.

Dieser Kreditvertrag ist mit einem Versicherungsvertrag verbunden. Die nachstehende Widerrufsinformation gibt Auskunft über die sich hieraus ergebenden Rechte des Kreditnehmers sowie über die Bedingungen für die Ausübung dieser Rechte.

DSL Privatkredit Vertrag

Kreditvorgangsnummer: XE1BPV/1/1

Kreditkontonummer: 1 1 5 0 2 5 6 4 4 8

Widerrufsinformation

Abschnitt 1

Widerrufsrecht

Der Kreditnehmer kann seine Vertragserklärung innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen widerrufen.

Die Frist **beginnt nach Abschluss des Vertrags, aber erst**, nachdem der Kreditnehmer **alle nachstehend unter Abschnitt 2 aufgeführten Pflichtangaben erhalten** hat. Der Kreditnehmer hat alle Pflichtangaben erhalten, wenn sie in der für den Kreditnehmer bestimmten Ausfertigung seines Antrags oder in der für den Kreditnehmer bestimmten Ausfertigung der Vertragsurkunde oder in einer für den Kreditnehmer bestimmten Abschrift seines Antrags oder der Vertragsurkunde enthalten sind und dem Kreditnehmer eine solche Unterlage zur Verfügung gestellt worden ist. Über in den Vertragstext nicht aufgenommene Pflichtangaben kann der Kreditnehmer nachträglich auf einem dauerhaften Datenträger informiert werden; die Widerrufsfrist beträgt dann einen Monat. Der Kreditnehmer ist mit den nachgeholten Pflichtangaben nochmals auf den Beginn der Widerrufsfrist hinzuweisen. **Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs**, wenn die Erklärung auf einem dauerhaften Datenträger (z. B. Brief, Telefax, E-Mail) erfolgt. Der Widerruf ist zu richten an:

DSL Bank – eine Niederlassung der Deutsche Bank AG, Abt. D91 Kundenservice,
Friedrich-Ebert-Allee 114 – 126, 53113 Bonn, Fax-Nr. 02203-59936109 oder E-Mail-Adresse widerruf-rate@dslbank.de

Besonderheiten bei weiteren Verträgen

- Widerruft der Kreditnehmer diesen Darlehensvertrag, so ist er auch an den Versicherungsvertrag zum Ratenschutz (im Folgenden: verbundener Vertrag) nicht mehr gebunden.
- Steht dem Kreditnehmer in Bezug auf den verbundenen Vertrag ein Widerrufsrecht zu, so ist er mit wirksamem Widerruf des verbundenen Vertrags auch an den Darlehensvertrag nicht mehr gebunden. Für die Rechtsfolgen des Widerrufs sind die in dem verbundenen Vertrag getroffenen Regelungen und die hierfür erteilte Widerrufsbelehrung maßgeblich.

Abschnitt 2

Für den Beginn der Widerrufsfrist erforderliche vertragliche Pflichtangaben

Die Pflichtangaben nach Abschnitt 1 Satz 2 umfassen:

1. den Namen und die Anschrift des Kreditgebers und des Kreditnehmers;
2. die Art des Darlehens;
3. den Nettodarlehensbetrag;
4. den effektiven Jahreszins;
5. den Gesamtbetrag;
Zu den Nummern 4. und 5: Die Angabe des effektiven Jahreszinses und des Gesamtbetrags hat unter Angabe der Annahmen zu erfolgen, die zum Zeitpunkt des Abschlusses des Vertrags bekannt sind und die in die Berechnung des effektiven Jahreszinses einfließen.
6. den Sollzinssatz;
Die Angabe zum Sollzinssatz muss die Bedingungen und den Zeitraum für seine Anwendung sowie die Art und Weise seiner Anpassung enthalten. Ist der Sollzinssatz von einem Index oder Referenzzinssatz abhängig, so sind diese anzugeben. Sieht der Darlehensvertrag mehrere Sollzinssätze vor, so sind die Angaben für alle Sollzinssätze zu erteilen.
7. die Vertragslaufzeit;
8. den Betrag, die Zahl und die Fälligkeit der einzelnen Teilzahlungen;
Sind im Fall mehrerer vereinbarter Sollzinssätze Teilzahlungen vorgesehen, so ist anzugeben, in welcher Reihenfolge die ausstehenden Forderungen des Kreditgebers, für die unterschiedliche Sollzinssätze gelten, durch die Teilzahlungen getilgt werden.
9. die Auszahlungsbedingungen;
10. den Verzugszinssatz und die Art und Weise seiner etwaigen Anpassung sowie gegebenenfalls anfallende Verzugskosten;
11. einen Warnhinweis zu den Folgen ausbleibender Zahlungen;
12. das Bestehen oder Nichtbestehen eines Widerrufsrechts, die Frist und die anderen Umstände für die Erklärung des Widerrufs sowie einen Hinweis auf die Verpflichtung des Kreditnehmers, ein bereits ausbezahltes Darlehen zurückzuzahlen und Zinsen zu vergüten; der pro Tag zu zahlende Zinsbetrag ist anzugeben;
13. das Recht des Kreditnehmers, das Darlehen vorzeitig zurückzuzahlen;
14. die für den Kreditgeber zuständige Aufsichtsbehörde;
15. das einzuhaltende Verfahren bei der Kündigung des Vertrags;
16. den Hinweis, dass der Kreditnehmer Zugang zu einem außergerichtlichen Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren hat, und die Voraussetzungen für diesen Zugang;
17. ist ein Zeitpunkt für die Rückzahlung des Darlehens bestimmt, einen Hinweis auf den Anspruch des Kreditnehmers, während der Gesamtlaufzeit des Darlehens jederzeit kostenlos einen Tilgungsplan zu erhalten;
Verlangt der Kreditnehmer einen Tilgungsplan, muss aus diesem hervorgehen, welche Zahlungen in welchen Zeitabständen zu leisten sind und welche Bedingungen für diese Zahlungen gelten. Dabei ist aufzuschlüsseln, in welcher Höhe die Teilzahlungen auf das Darlehen, die nach dem Sollzinssatz berechneten Zinsen und die sonstigen Kosten angerechnet werden. Ist der Sollzinssatz nicht gebunden oder können die sonstigen Kosten angepasst werden, so ist in dem Tilgungsplan in klarer und verständlicher Form anzugeben, dass die Daten des Tilgungsplans nur bis zur nächsten Anpassung des Sollzinssatzes oder der sonstigen Kosten gelten. Der Tilgungsplan ist dem Kreditnehmer auf einem dauerhaften Datenträger zur Verfügung zu stellen.
18. die vom Kreditgeber verlangten Sicherheiten und Versicherungen, im Fall von entgeltlichen Finanzierungshilfen insbesondere einen Eigentumsvorbehalt;
19. den Namen und die Anschrift des beteiligten Darlehensvermittlers;
20. im Zusammenhang mit dem Verbraucherdarlehensvertrag erhobene Kontoführungsgebühren sowie die Bedingungen, unter denen die Gebühren angepasst werden können, wenn der Kreditgeber den Abschluss eines Kontoführungsvertrags verlangt, sowie alle sonstigen Kosten, insbesondere in Zusammenhang mit der Auszahlung oder der Verwendung eines Zahlungsinstruments, mit dem sowohl Zahlungsvorgänge als auch Abhebungen getätigt werden können, sowie die Bedingungen, unter denen die Kosten angepasst werden können;
21. sämtliche weitere Vertragsbedingungen.

Besonderheiten bei weiteren Verträgen

22. Ergänzende Pflichtangaben bei Darlehensverträgen, die mit einem anderen Vertrag verbunden sind, und bei Darlehensverträgen, die ausschließlich der Finanzierung eines anderen (später widerrufenen) Vertrags dienen und in denen die Leistung des Unternehmers aus dem widerrufenen Vertrag genau angegeben ist:

DSL Privatkredit Vertrag

Kreditvorgangsnummer: XE1BPV/1/1

Kreditkontonummer: 1 1 5 0 2 5 6 4 4 8

Diese Verträge müssen zusätzlich zu den Angaben nach den Nummern 1 bis 21 Folgendes enthalten:

- a) Bezeichnung des Gegenstandes (Ware oder Dienstleistung) und Höhe des Barzahlungspreises sowie
- b) Informationen über die Rechte des Verbrauchers, die sich daraus ergeben, dass der Darlehensvertrag mit einem anderen Vertrag verbunden ist oder in der vorstehend genannten Weise zusammenhängt. Weiter ist über die Bedingungen für die Ausübung dieser Rechte zu informieren.

Abschnitt 3

Widerrufsfolgen

Soweit das Darlehen bereits ausbezahlt wurde, hat der Kreditnehmer es **spätestens innerhalb von 30 Tagen zurückzuzahlen** und für den Zeitraum zwischen der Auszahlung und der Rückzahlung des Darlehens den **vereinbarten Sollzins zu entrichten**. Die Frist beginnt mit der Absendung der Widerrufserklärung. Für den Zeitraum zwischen der Auszahlung und der Rückzahlung ist bei vollständiger Inanspruchnahme des Darlehens pro Tag ein Zinsbetrag in Höhe von **11,18 Euro** zu zahlen. Dieser Betrag verringert sich entsprechend, wenn das Darlehen nur teilweise in Anspruch genommen wurde.

Besonderheiten bei weiteren Verträgen

- Steht dem Kreditnehmer in Bezug auf den verbundenen Vertrag ein Widerrufsrecht zu, so sind im Fall des wirksamen Widerrufs des verbundenen Vertrags Ansprüche des Kreditgebers auf Zahlung von Zinsen und Kosten aus der Rückabwicklung des Darlehensvertrags gegen den Kreditnehmer ausgeschlossen.
- Ist der Kreditnehmer auf Grund des Widerrufs dieses Darlehensvertrags an den verbundenen Vertrag nicht mehr gebunden, so sind insoweit die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren.
- Wenn der Kreditnehmer infolge des Widerrufs des Darlehensvertrags nicht mehr an den weiteren Vertrag gebunden ist oder infolge des Widerrufs des weiteren Vertrags nicht mehr an den Darlehensvertrag gebunden ist, so gilt ergänzend Folgendes: Ist das Darlehen bei Wirksamwerden des Widerrufs dem Vertragspartner des Kreditnehmers aus dem verbundenen Vertrag bereits zugeflossen, so tritt der Kreditgeber im Verhältnis zum Kreditnehmer hinsichtlich der Rechtsfolgen des Widerrufs in die Rechte und Pflichten des Vertragspartners aus dem weiteren Vertrag ein.

Einwendungen bei verbundenen Verträgen

Der Kreditnehmer kann die Rückzahlung des Darlehens verweigern, soweit ihn Einwendungen berechtigen würden, seine Leistung gegenüber dem Vertragspartner aus dem verbundenen Vertrag zu verweigern. Dies gilt nicht, wenn das finanzierte Entgelt weniger als 200 Euro beträgt oder wenn der Rechtsgrund für die Einwendung auf einer Vereinbarung beruht, die zwischen dem Kreditnehmer und dem anderen Vertragspartner nach dem Abschluss des Darlehensvertrags getroffen wurde. Kann der Kreditnehmer von dem anderen Vertragspartner Nacherfüllung verlangen, so kann er die Rückzahlung des Darlehens erst verweigern, wenn die Nacherfüllung fehlgeschlagen ist.

DSL Privatkredit Vertrag

Kreditvorgangsnummer: XE1BPV/1/1

Kreditkontonummer: 1 1 5 0 2 5 6 4 4 8

Zahlung
der Raten

☐ Zahlung/Umbuchung von einem Postbank Girokonto

Der Kreditnehmer beauftragt die Bank, die fälligen Raten sowie etwaige rückständige Raten, Tageszinsen, etwaige Verzugszinsen und/oder etwaige Entgelte (nachfolgend insgesamt „Forderung“) von folgendem Girokonto des Kreditnehmers umzubuchen.

IBAN

Kontoinhaber/Kontoinhaber

Erteilung
eines SEPA-
Lastschrift-
mandats

☒ Zahlung von einem bei einem anderen Kreditinstitut geführten Konto

DSL Bank – eine Niederlassung der Deutsche Bank AG,
Friedrich-Ebert-Allee 114–126, 53113 Bonn.
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE19CML00000106424

Mandatsreferenz
CMLPB0011957188

SEPA-Lastschriftmandat

Der Kreditnehmer ermächtigt die Bank, Zahlungen von seinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weist er sein Kreditinstitut an, die von der Bank auf sein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Der Kreditnehmer kann innerhalb von acht Wochen die Erstattung des Betrages verlangen. Die Frist beginnt mit dem Datum der Abbuchung. Es gelten dabei die mit seinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorname und Name (Kontoinhaber/in)
Yvonne Brearley

Straße, Hausnummer
Alte Poststraße 13A

Postleitzahl Ort
49492 Westerkappeln

IBAN
DE44265400700516030400

BIC
COBADEFFXXX

Kreditinstitut
Commerzbank Osnabrück

Datum Ort
06.01.2022 Westerkappeln

Kontoinhaber/Kontoinhaber: Unterschrift*

X

Auftrag des Fremdbankkunden an sein Girokonto führendes Kreditinstitut zur Auskunftserteilung

Der Kreditnehmer beauftragt hiermit sein Girokonto führendes Kreditinstitut, der Bank Auskunft über den Kontoverlauf des laufenden und vorangegangenen Kalendermonats zu erteilen.

Datum Ort
06.01.2022 Westerkappeln

Unter-
schriften*

DSL Bank – eine Niederlassung der Deutsche Bank AG

1. Kreditnehmerin/Kreditnehmer

X

ggf. 2. Kreditnehmerin/Kreditnehmer

X

Hinweis

Jeder Kreditnehmer erhält ein Exemplar dieser Urkunde.

Empfangs-
bestätigung

Hiermit bestätige ich, die folgenden Unterlagen erhalten zu haben:

- Europäische Standardinformationen für Verbraucherkredite
- Ein Exemplar dieser Vertragsurkunde
- Merkblatt „DSL Privatkredite – Erläuterungen für Verbraucher“

Unter-
schriften*

1. Kreditnehmerin/Kreditnehmer

X

ggf. 2. Kreditnehmerin/Kreditnehmer

X

*** Wird das Dokument in elektronischer Form unterzeichnet, ist keine eigenhändige Unterschrift zu leisten.**

A121 / 1504138287 / 1899911142 / 0 / 0P / 0 / 0000P
/ DE10100700000555572700

B121 / 1500539643 / - / 72133 / 0500P / 57042 /
1500P / TG: 8123 / DE10100700000555572700

80000 / XE1BPV/1/1 / 123 / - / SW+284 / 272 / C-
O=251 / KS / EIGEN / 1280202

Frau
Yvonne Brearley
Am Königsteich 63
49492 Westerkappeln

DSL Bank
CRW Consumer Finance
Theodor-Heuss-Allee 72
60486 Frankfurt am Main
Mo, Di, Do 8-18; Mi u. Fr 8-16 Uhr
Team Intensivbetreuung
Telefon: 0201 2464 9850
Telefax: 0201 2464 9062
Mail: CRW-CF.KB@db.com
AZ:KPKK/211 6198212/211 6198212

13.09.2024

Konto Nr.: (211) 6198212 80
Darlehenskündigung

Sehr geehrte Frau Brearley,

leider haben Sie trotz unserer Mahnschreiben die ausstehenden Beträge noch nicht gezahlt. Die rückständigen Raten betragen inzwischen EUR 2.800,00. Da Sie somit Ihre Verpflichtungen aus dem Darlehensvertrag nicht erfüllt haben, kündigen wir hiermit das gesamte Restdarlehen mit Wirkung zum 11.10.2024.

Wir fordern Sie auf, bis zu diesem Termin die ausstehende Restschuld in Höhe von

EUR 39.227,88

auf Ihr Darlehenskonto einzuzahlen oder zu überweisen.

In diesem Betrag sind die bis dahin noch anfallenden Zinsen in Höhe von EUR 275,62, die bis heute angefallenen Verzugszinsen in Höhe von EUR 42,58 sowie EUR 17,04 angefallene Kosten enthalten.

Wir weisen darauf hin, dass wir nach Wirksamwerden der Kündigung auf den Restdarlehensbetrag, d.h. auf den Ursprungsbetrag abzüglich der bisher geleisteten Tilgungsbeträge, Verzugsschadenszinsen berechnen. Eingehende Teilbeträge werden erst auf die Kosten der Maßnahmen für die rechtliche Geltendmachung unserer Forderung, dann auf den Restdarlehensbetrag und letztlich auf die Zinsen verrechnet.

Zahlungen leisten Sie auf Ihr nachstehendes Konto:

IBAN: DE81 4007 0224 0619 8212 80
BIC: DEUTDE33HAN30

Sollten Sie dieser Zahlungsaufforderung nicht nachkommen, werden wir, wie bereits in unserem zweiten Mahnschreiben angekündigt, einem etwaigen Arbeitgeber die als Sicherheit vereinbarte Abtretung der Ansprüche auf Arbeitsentgelt anzeigen und ggf. gerichtliche Schritte gegen Sie einleiten. Darüber hinaus werden wir bei uns unterhaltene Guthaben zuzüglich evtl. aufgelaufener Zinsen gegen unsere Forderung aufrechnen.

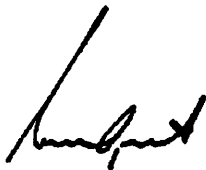
Wir weisen darauf hin, dass wir gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f DS-GVO (EU Datenschutz-Grundverordnung) Daten über trotz Fälligkeit nicht beglichene Forderungen an die SCHUFA Holding AG, Kormoranweg 5, 65201 Wiesbaden übermitteln und diese dort Berücksichtigung bei der Ermittlung von Wahrscheinlichkeitswerten (Scoring) finden können, soweit die geschuldete Leistung nicht innerhalb der Ihnen mitgeteilten Zahlungsfrist erbracht worden ist und das der Forderung zugrunde liegende Vertragsverhältnis aufgrund von Zahlungsrückständen fristlos gekündigt wird.

Weitere Informationen über die SCHUFA erhalten Sie mit dem SCHUFA-Informationsblatt sowie unter <http://www.schufa.de/datenschutz>.

Sollten Sie der Zahlungsaufforderung nicht nachkommen, werden wir zur Durchsetzung unseres Anspruchs ggf. ein Inkassounternehmen beauftragen, das dann auch erforderlichenfalls gerichtliche Schritte gegen Sie einleiten wird.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen unter obiger Telefonnummer gerne zur Verfügung.

Hochachtungsvoll



Jörn Marquardt



Nicole Rosendahl

DSL Privatkredit Vertrag
Umsatzsteuerbefreite Finanzdienstleistung

Allgemeine Angaben
Kreditvorgangsnummer
WK5YSN/4/1
Kreditkontonummer
1 1 8 7 0 7 6 9 7 1
Externe ID

Kreditgeber
DSL Bank – eine Niederlassung der Deutsche Bank AG,
Friedrich-Ebert-Allee 114-126, 53113 Bonn (nachfolgend „Bank“ genannt)

Vermittler
Vorname
Philipp
Name
Langmaack CB
Straße, Hausnummer
Hansestr. 14
Postleitzahl
23558
Ort
Lübeck
Telefon
0451 8807 4988
Telefax

E-Mail-Adresse
philipp.langmaack@dirklein.de
Vermittlungsnummer
1899911142

- ☒ Ich möchte einen DSL Privatkredit.
☐ Ich möchte meinen bestehenden DSL Privatkredit aufstocken.
☐ Ich möchte eine Restschuld bei einer anderen Bank ablösen.

Angaben zum Ratenschutz
1. Kreditnehmerin/Kreditnehmer
☒ Ich verzichte generell auf Ratenschutz.
2. Kreditnehmerin/Kreditnehmer
☐ Ich verzichte generell auf Ratenschutz.

Kreditnehmer
(1. und 2. Kreditnehmer nachstehend „Kreditnehmer“ genannt)

1. Kreditnehmer
☒ Frau ☐ Herr
sämtliche Vornamen
Yvonne
Name
Brearley
Straße, Hausnummer
Am Königsteich 63
Postleitzahl
49492
Ort
Westerkappeln
Geburtsdatum
14.07.1977
Geburtsort
Osnabrück

Familienstand
Ledig
Berufliche Stellung
Rentner
Staatsangehörigkeit
deutsch

(freiwillige Angabe)
Telefon
+4954049944738
(freiwillige Angabe)
E-Mail
ybrearley@gmx.de

Meine persönlichen Angaben zur Steuerpflicht
deutsche Steuer-Identifikationsnummer (TIN)
Ggf. Grund, weshalb keine TIN vorhanden ist:
☒ Die TIN ist mir nicht bekannt.

Angaben zum Beschäftigungsverhältnis
Ich bin ungekündigt beschäftigt seit: Datum
Ich bin befristet beschäftigt Datum
☒ nein ☐ ja, befristet bis

Die Befristung wurde bereits einmal verlängert ☐ ja ☐ nein

Meine persönlichen Angaben
Ich wohne ☒ zur Miete. ☐ in Eigentum. ☐ bei den Eltern.
Meine Adresse hat sich in den letzten drei Jahren geändert: ☒ ja ☐ nein

Straße, Hausnummer
Alte Poststr. 13a
Postleitzahl
49492
Ort
Westerkappeln

Meine Einnahmen
Mein Nettoeinkommen EUR
1.687,63
Mieteinnahmen 100% EUR 60% EUR
Meine sonstigen Einnahmen EUR
899,50

2. Kreditnehmer
☐ Frau ☐ Herr
sämtliche Vornamen Titel

Name
Straße, Hausnummer
Postleitzahl Ort
Geburtsdatum Geburtsort
Familienstand
Berufliche Stellung
Staatsangehörigkeit

(freiwillige Angabe)
Telefon
(freiwillige Angabe)
E-Mail

Meine persönlichen Angaben zur Steuerpflicht
deutsche Steuer-Identifikationsnummer (TIN)
Ggf. Grund, weshalb keine TIN vorhanden ist:
☐ Die TIN ist mir nicht bekannt.

Angaben zum Beschäftigungsverhältnis
Ich bin ungekündigt beschäftigt seit: Datum
Ich bin befristet beschäftigt Datum
☐ nein ☐ ja, befristet bis

Die Befristung wurde bereits einmal verlängert ☐ ja ☐ nein

DSL Privatkredit Vertrag

Kreditvorgangsnummer: WK5YSN/4/1

Kreditkontonummer: 1 1 8 7 0 7 6 9 7 1

Meine persönlichen Angaben Ich wohne ☐ zur Miete. ☐ in Eigentum. ☐ bei den Eltern.
Meine Adresse hat sich in den letzten drei Jahren geändert: ☐ ja ☐ nein

Straße, Hausnummer

Postleitzahl Ort

Meine Einnahmen

Mein Nettoeinkommen EUR
Mieteinnahmen 100 % 60 %
EUR EUR

Meine sonstigen Einnahmen EUR

Gemeinsame Angaben

Ich habe/Wir haben unterhaltsberechtigte Kinder: 0
Zu meinem/unserem Haushalt gehören (Personen inkl. Kinder): 1
Meine/Unsere gemeinsamen monatlichen Ausgaben:
Miete (inkl. Nebenkosten)/Nebenkosten bei Wohneigentum: 795,00 EUR
Baufinanzierungsrate: EUR
Weitere Kreditraten: 560,00 EUR
Unterhaltszahlungen: 0,00 EUR
Leasingraten: 191,00 EUR
Sparraten (nur in Verbindung mit Finanzierungen): EUR
Private Krankenversicherung: EUR

Kreditberechnung, Kosten, Rückzahlung

Auszahlungsbetrag: 6.500,00 EUR
Nettodarlehensbetrag: 6.500,00 EUR
Der Nettodarlehensbetrag ist der Auszahlungsbetrag.

Sollzins jährlich: 12,24 %
gebunden bis zum Ende der Vertragslaufzeit. Die Verpflichtung zur Zahlung von Zinsen beginnt mit dem Kalendertag der Auszahlung (Anweisung durch die Bank) oder ersten Teilauszahlung.

Effektiver Jahreszins: 12,95 %
Der effektive Jahreszins wurde berechnet auf der Grundlage der vom Kreditnehmer gemachten Angaben und den für den Kredit geltenden Bedingungen. Bei der Berechnung des effektiven Jahreszinses wird von der Annahme ausgegangen, dass der Kreditvertrag für den vereinbarten Zeitraum gilt und dass Bank und Kreditnehmer ihren Verpflichtungen zu den im Kreditvertrag niedergelegten Bedingungen und Terminen nachkommen. Für die Berechnung des effektiven Jahreszinses wurden zusätzlich folgende Annahmen zugrunde gelegt: Nach den Kreditvertragsbedingungen ist es dem Kreditnehmer freigestellt, wann er den Kredit in Anspruch nehmen will. Für die Berechnung des effektiven Jahreszinses wurde daher die gesetzliche Annahme zugrunde gelegt, dass der Kreditnehmer den Kredit in voller Höhe in Anspruch nimmt am 30. des auf den Vertragsschluss folgenden Monats. Der effektive Jahreszins kann sich unter Umständen ermäßigen oder erhöhen, wenn sich eine der bei seiner Berechnung zugrunde gelegten Annahmen ändert.

Gesamtbetrag: 9.641,20 EUR

Der Gesamtbetrag ist errechnet auf der Grundlage der bei Vertragsschluss maßgeblichen Kreditkonditionen, sowie der bei der Berechnung des effektiven Jahreszinses zugrunde gelegten Annahmen. Der Gesamtbetrag setzt sich zusammen aus dem Nettodarlehensbetrag und den Zinsen.

Hinweis: Dieser Betrag kann sich ermäßigen oder erhöhen, wenn sich die der Berechnung zugrunde gelegten Annahmen oder Vertragsbedingungen ändern.

Teilzahlungen

- Gesamtzahl der Raten: 83
82 Zins- und Tilgungsraten in Höhe von: 117,00 EUR
1 Schlussrate: 47,20 EUR
- Raten jeweils fällig am:
☒ letzten Tag eines jeden Monats. ☐ 15. eines jeden Monats.

Tageszinsen und Fälligkeit der ersten monatlichen Rate
Belägt der Zeitraum ab dem Kalendertag der Auszahlung des Kredits (Anweisung zur Auszahlung durch die Bank) bis zum oben ausgewählten Ratenfälligkeitstermin weniger als 30 Zinstage (d.h. nicht am 1. oder 16. eines Monats), berechnet die Bank zunächst nur Tageszinsen vom Auszahlungsdatum bis zum nächsten Ratenfälligkeitstermin. Sie zieht diese Tageszinsen zu dem Ratenfälligkeitstermin ein, der dem Auszahlungsdatum folgt.

Wird der Kredit nur teilweise ausgezahlt, so sind auf die ausgezahlten Teilbeträge bis zum Ratenfälligkeitstermin, der der letzten Teilauszahlung folgt, Tageszinsen zu entrichten.

Die Bank zieht die erste Rate zu dem Ratenfälligkeitstermin ein, der dem Einzug der Tageszinsen folgt.
Erfolgt die Auszahlung am 1. oder am 16. eines Monats, zieht die Bank die erste Rate am nächsten Ratenfälligkeitstermin ein; Tageszinsen fallen in diesem Fall nicht an.

Vertragslaufzeit

Auf der Basis der für die Berechnung des Gesamtbetrages getroffenen Annahmen ergibt sich eine voraussichtliche Kreditlaufzeit von 83 Monaten.

Hinweis: Diese Kreditlaufzeit kann sich verkürzen oder verlängern, wenn sich eine der zugrunde gelegten Annahmen ändert.

Tilgungsplan

Hinweis: Der Kreditnehmer kann von der Bank jederzeit einen kostenlosen Tilgungsplan verlangen.

Verlangt der Kreditnehmer einen Tilgungsplan, muss aus diesem hervorgehen, welche Zahlungen in welchen Zeitabständen zu leisten sind und welche Bedingungen für diese Zahlungen gelten. Dabei ist aufzuschlüsseln, in welcher Höhe die Teilzahlungen auf das Darlehen, die nach dem Sollzinssatz berechneten Zinsen und die sonstigen Kosten angerechnet werden. Ist der Sollzinssatz nicht gebunden oder können die sonstigen Kosten angepasst werden, so ist in dem Tilgungsplan in klarer und verständlicher Form anzugeben, dass die Daten des Tilgungsplans nur bis zur nächsten Anpassung des Sollzinssatzes oder der sonstigen Kosten gelten. Der Tilgungsplan ist dem Kreditnehmer auf einem dauerhaften Datenträger zur Verfügung zu stellen.

Einkommensnachweise

Der Kreditnehmer hat der Bank auf Verlangen seine wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere durch Vorlage von Einkommensnachweisen, Vermögensaufstellungen und Jahresabschlüssen, offen zu legen, damit die Bank sich ein klares zeitnahes Bild über seine wirtschaftliche Lage machen sowie die Anforderungen der Bankenaufsicht erfüllen kann.

Kommt der Kreditnehmer dieser Verpflichtung trotz Mahnung und Nachfristsetzung nicht nach, so kann die Bank den Kredit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen.

Kreditart

Bei diesem Kreditvertrag handelt es sich um einen Allgemein-Verbraucherdarlehensvertrag als Ratenkredit mit annuitätischer Tilgung. Der Kreditnehmer entrichtet während der gesamten Vertragslaufzeit gleichbleibende Raten, die sowohl einen Zins- als auch einen Tilgungsanteil enthalten (Annuitäten). Mit fortlaufender Rückzahlung des Kredits sinken die zu entrichtenden Sollzinsen. Da die Rate bis zum Ende der Vertragslaufzeit gleich hoch bleibt, nimmt bei sinkendem Zinsanteil der in der Rate enthaltene Tilgungsanteil zu. Die letzte Rate kann von den übrigen Raten abweichen.

Einschränkung des Verwendungszwecks

Der Kreditnehmer darf den Kredit nicht für den Erwerb oder die Erhaltung des Eigentumsrechts an Grundstücken (auch Wohnungseigentum), an bestehenden oder zu errichtenden Gebäuden (auch Erwerb eines Fertighauses) oder für den Erwerb oder die Erhaltung von grundstücksgleichen Rechten (auch Erbbaurechte und selbständiges Gebäudeeigentum) verwenden. Hierunter fällt auch die Verwendung des Kredites zur Abwendung einer Zwangs- oder Teilungsversteigerung. Der Kreditnehmer kann den Kredit jedoch zur Renovierung oder zum Substanzerhalt einer Immobilie verwenden.

DSL Privatkredit Vertrag

Kreditvorgangsnummer: WK5YSN/4/1

Kreditkontonummer: 1 1 8 7 0 7 6 9 7 1

noch Kreditart Keine Besicherung durch ein Grundpfandrecht/Reallast
Sollte zugunsten der Bank ein Grundpfandrecht oder eine Reallast als Sicherheit bestellt sein oder noch bestellt werden oder im Zusammenhang mit der Bestellung dieses Grundpfandrechts oder dieser Reallast ein abstraktes Schuldversprechen übernommen worden sein oder noch übernommen werden (Grundpfandrecht, Reallast und abstraktes Schuldversprechen insgesamt „die Sicherheit“), so dient die Sicherheit nicht der Sicherung von Ansprüchen der Bank aus diesem Allgemein-Verbraucherdarlehensvertrag. Diese Vereinbarung geht der für die Sicherheit geltenden Sicherungszweckabrede vor, wenn und soweit die Sicherungszweckabrede etwas Abweichendes bestimmt.

Auszahlungsbedingungen Voraussetzung für die Auszahlung des Kredits ist, dass sich die Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers zwischen dem Abschluss des Kreditvertrags und dem Auszahlungszeitpunkt nicht verschlechtert hat.
Die Kreditauszahlung erfolgt auf folgendes Girokonto des Kreditnehmers

IBAN DE44265400700516030400

BIC COBADEFFXXX

Kreditinstitut Commerzbank Osnabrück

Kontoinhaber/Kontoinhaber Yvonne Brearley

Sicherheiten Als Sicherheit für alle gegenwärtigen und künftigen Ansprüche der Bank gegen den Kreditnehmer aus diesem Kredit dienen:
– das AGB-Pfandrecht an Wertpapieren, Sachen und Ansprüchen nach Ziff. 14 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen Postbank.
– Abtretung von Ansprüchen auf Arbeitseinkommen und Sozialleistungen.

Sollte der Kreditvertrag nichtig sein, wirksam angefochten, widerrufen oder aufgehoben werden oder aus sonstigen Gründen unwirksam oder nicht vollziehbar sein, so sind auch alle hieraus resultierenden vertraglichen und gesetzlichen Ansprüche der Bank gegen den Kreditnehmer durch die oben erwähnten Sicherheiten gesichert.

Sicherungsabtretung
Der Kreditnehmer (bei mehreren Personen alle Kreditnehmer) tritt hiermit an die dies annehmende Bank den der Pfändung unterworfenen Teil aller seiner gegenwärtigen und künftigen Ansprüche auf Arbeitseinkommen jeder Art einschließlich Pensionsansprüchen, Provisionsforderungen, Tantiemen, Gewinnbeteiligungen sowie Abfindungen gegen seinen jeweiligen Arbeitgeber und auf Sozialleistungen (insbesondere Arbeitslosengeld, Übergangsgeld, Leistungen der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung, einschließlich eventueller Beitragserstattungsansprüche, Renten wegen der Minderung der Erwerbsfähigkeit) ab. Mehrere Arbeitseinkommen und/oder laufende Geldleistungen nach dem Sozialgesetzbuch werden zusammengerechnet. Der nach dem so festgestellten Gesamteinkommen unpfändbare Betrag ist dem höheren Einkommen bzw. bei Zusammentreffen mit Sozialgeldleistungen den Sozialgeldleistungen zu entnehmen. Die Abtretung ist der Höhe nach beschränkt auf den in diesem Kreditvertrag angegebenen Gesamtbetrag zzgl. einer Pauschale in Höhe von 20 % des Nettodarlehensbetrags für etwaige Ansprüche wegen Zahlungsverzugs.

Informationspflichten des Kreditnehmers
Der Kreditnehmer verpflichtet sich, die Bank von einem Arbeitsplatzwechsel, einer Änderung des Wohnsitzes oder einer Pfändung abgetretener Ansprüche unverzüglich zu unterrichten.

Offenlegung und Verwertung
Die Bank ist zur Offenlegung und Verwertung berechtigt, wenn und soweit der Kreditnehmer mit mindestens zwei Monatsraten in Verzug ist und mindestens zweimal schriftlich zur Zahlung aufgefordert worden ist, wobei die erste Zahlungsaufforderung schon nach Verzug mit nur einer Räte erfolgen kann oder wenn die Bank berechtigt ist, das Kreditverhältnis aus wichtigem Grund zu kündigen. Die Bank ist nach Offenlegung berechtigt, vom Drittschuldner der abgetretenen Forderung Auskünfte einzuholen, die für den Wert der Abtretung als Kredit-sicherheit von Bedeutung sind. Zur Offenlegung und Verwertung ist die Bank erst nach vorheriger Androhung mit angemessener Nachfrist berechtigt. Diese Frist wird so bemessen sein, dass sie dem Kreditnehmer sowohl das Vorbringen von Einwendungen als auch das Bemühen um Zahlung der geschuldeten Beträge zur Abwendung der Verwertung ermöglicht. Sie wird in der Regel vier Wochen betragen.

Die Bank kann die Androhung mit einer Zahlungsaufforderung verbinden. Eine Fristsetzung ist nicht erforderlich, wenn der Kreditnehmer seine Zahlungen eingestellt hat oder die Eröffnung eines gerichtlichen Insolvenzverfahrens über sein Vermögen beantragt worden ist.

Freigabe
Die Forderungsabtretung entfällt, wenn die mit ihr gesicherten Ansprüche vollständig befriedigt sind.

Bei fortschreitender Rückzahlung ist die Bank auf Verlangen des Kreditnehmers verpflichtet, abgetretene Forderungen durch Herabsetzung des haftenden Höchstbetrages freizugeben, soweit sie die gesicherten Ansprüche dauerhaft um mehr als 20 % übersteigen.

Kosten bei Zahlungsverzug **Wichtiger Hinweis:**
Ausbleibende Zahlungen können schwer wiegende Folgen für den Kreditnehmer haben (z.B. Kündigung des Kredits, Meldung an die SCHUFA, Zwangsvollstreckung) und die Erlangung eines weiteren Kredits erschweren.

Bei Zahlungsverzug wird die Bank dem Kreditnehmer Verzugszinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz pro Jahr berechnen. Der Basiszinssatz beträgt per 01.01.2023 1,62 % p.a. Er wird von der Deutschen Bundesbank ermittelt und jeweils zum 1. Januar und 1. Juli eines jeden Jahres festgesetzt.

Vorzeitige Rückzahlung Der Kreditnehmer hat das Recht, den Kredit jederzeit ganz oder teilweise vorzeitig zurückzahlen. Die Bank wird hierfür keine Vorfälligkeitsentschädigung berechnen. Eine vorzeitige Rückzahlung soll der Kreditnehmer der Bank möglichst in Textform rechtzeitig vor dem gewünschten Rückzahlungstermin ankündigen und diese Ankündigung möglichst an DSL Bank – eine Niederlassung der Deutsche Bank AG, Abt. Bestandsbetreuung, Edmund-Rumpler-Str. 3, 51149 Köln richten.

Gesamtschuldner Mehrere Kreditnehmer haften für die Verbindlichkeiten aus diesem Vertrag als Gesamtschuldner, jeder von ihnen kann alleine über den Kredit verfügen.

Hinweise zur Erhebung der Steuer-Identifikationsnummer (TIN) bzw. der Wirtschafts-Identifikationsnummer (WID) / Steuernummer (St.-Nr.)

Seit 2018 sind alle Banken gesetzlich nach § 154 Abgabenordnung (AO) verpflichtet, bestimmte Daten für jeden Kontoinhaber sowie jeden anderen Verfügungsberechtigten und jeden wirtschaftlich Berechtigten zu erheben und aufzuzeichnen. Bei natürlichen Personen muss u.a. die Steuer-ID nach § 139b AO und bei nicht natürlichen Personen die Wirtschafts-ID oder ersatzweise die Steuernummer nach § 139c AO zum betroffenen Kontoinhaber vorliegen.

Der Kontoinhaber sowie gegebenenfalls für ihn handelnde Personen haben dem Kreditinstitut die Steuer-ID bzw. Wirtschafts-ID unverzüglich mitzuteilen und im Laufe der Geschäftsbeziehung ergebende Änderungen unverzüglich anzuzeigen.

Falls Sie als Kunde bei Vertragsabschluss Ihre Steuer-ID nicht zur Hand haben, teilen Sie uns diese bitte spätestens 14 Tage nach Vertragsabschluss schriftlich mit (Mitwirkungspflicht). Sollten Sie Ihrer Mitwirkungspflicht nicht nachkommen und kann die Bank Ihre Steuer-ID auch nicht aus anderem Anlass rechtmäßig erfassen, kann die Bank im Wege des maschinellen Anfrageverfahrens die Steuer-ID für natürliche Personen beim Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) erfragen.

Sofern die zu erhebenden Daten aufgrund unzureichender Mitwirkung des Vertragspartners und ggf. für ihn handelnde Personen nicht ermittelt werden können, sind wir verpflichtet dies festzuhalten und dem BZSt dies mitzuteilen.

Kündigung des Kreditvertrags **Kündigungsmöglichkeiten des Kreditnehmers**
Der Kreditnehmer kann den Kreditvertrag während der Vertragslaufzeit nicht ordentlich kündigen. Das Recht des Kreditnehmers zur ganz oder teilweisen Rückzahlung des Kredits bleibt hiervon unberührt.

Der Kreditnehmer kann den Kreditvertrag jederzeit fristlos kündigen, wenn die Bank gegen die Pflicht zur Kreditwürdigkeitsprüfung verstoßen hat (§ 505 d Abs. 1 Satz 3 BGB). Dieses Kündigungsrecht besteht nicht, wenn bei einer ordnungsgemäßen Kreditwürdigkeitsprüfung der Kreditvertrag hätte geschlossen werden dürfen oder soweit der Mangel der Kreditwürdigkeitsprüfung darauf beruht, dass der Kreditnehmer der Bank vorsätzlich oder grob fahrlässig Informationen, die für die Kreditwürdigkeitsprüfung erforderlich gewesen wären, unrichtig erteilt oder vorenthalten hat. Fehlen im Kreditvertrag Angaben zur Laufzeit oder zum Kündigungsrecht, ist der Kreditnehmer jederzeit zur Kündigung berechtigt (§ 494 Abs. 6 Satz 1 BGB).

DSL Privatkredit Vertrag

Kreditvorgangsnummer: WK5YSN/4/1

Kreditkontonummer: 1 1 8 7 0 7 6 9 7 1

noch Kündigung des Kreditvertrags

Kündigungsmöglichkeiten für beide Vertragsparteien

Sowohl der Kreditnehmer als auch die Bank können den Kreditvertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist aus wichtigem Grund kündigen (§ 314 BGB). Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn der kündigenden Vertragspartei (Kreditnehmer oder Bank) unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls und unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses bis zur vereinbarten Beendigung oder bis zum Ablauf einer Kündigungsfrist nicht zugemutet werden kann. Besteht der wichtige Grund in der Verletzung einer Pflicht aus dem Kreditvertrag, ist die Kündigung erst nach erfolglosem Ablauf einer zu Abhilfe bestimmten Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig. § 323 Abs. 2 Nr. 1 und 2 BGB findet entsprechend Anwendung. Der Berechtigte kann nur innerhalb einer angemessenen Frist kündigen, nachdem er vom Kündigungsgrund Kenntnis erlangt hat.

Beide Vertragsparteien können jeweils den Kreditvertrag kündigen (§ 313 Abs. 3 BGB), wenn bei Wegfall der Geschäftsgrundlage nach § 313 Abs. 1 und 2 BGB eine Anpassung des Kreditvertrags nicht möglich oder nicht zumutbar ist.

Kündigungsmöglichkeiten der Bank

Die Bank kann den Kreditvertrag vor Auszahlung des Kredits im Zweifel stets, nach Auszahlung nur in der Regel fristlos kündigen (§ 490 Abs. 1 BGB), wenn in den Vermögensverhältnissen des Kreditnehmers oder in der Werthaltigkeit einer für den Kredit gestellten Sicherheit eine wesentliche Verschlechterung eintritt oder einzutreten droht, durch die die Rückzahlung des Kredits, auch unter Verwertung der Sicherheit, gefährdet wird.

Wegen Zahlungsverzögerung des Kreditnehmers kann die Bank den Kreditvertrag nur dann kündigen (§ 498 Abs. 1 BGB), wenn der Kreditnehmer mit mindestens zwei aufeinander folgenden Teilzahlungen ganz oder teilweise in Verzug ist, bei einer Vertragslaufzeit bis zu 3 Jahren mit mindestens 10 Prozent oder bei einer Vertragslaufzeit von mehr als 3 Jahren mit mindestens 5 Prozent des Nennbetrags des Kredits (entspricht dem Nettodarlehensbetrag) in Verzug ist und die Bank dem Kreditnehmer erfolglos eine zweiwöchige Frist zur Zahlung des rückständigen Betrags mit der Erklärung gesetzt hat, dass sie bei Nichtzahlung innerhalb der Frist die gesamte Restschuld verlangt. Die Bank wird dem Kreditnehmer spätestens mit der Fristsetzung ein Gespräch über die Möglichkeit einer einverständlichen Regelung anbieten.

Die Bank kann den Kreditvertrag nicht allein deshalb kündigen, weil die vom Kreditnehmer vor Vertragsabschluss gemachten Angaben unvollständig waren oder weil die Kreditwürdigkeitsprüfung des Kreditnehmers nicht ordnungsgemäß durchgeführt wurde; dies gilt nicht, soweit der Mangel der Kreditwürdigkeitsprüfung darauf beruht, dass der Kreditnehmer der Bank für die Kreditwürdigkeitsprüfung relevante Informationen wesentlich vorenthalten oder diese gefälscht hat.

Form der Kündigung

Die Kündigung durch den Kreditnehmer bedarf keiner Form und wird mit Zugang bei der Bank – bzw. bei Kündigung unter Einhaltung einer Kündigungsfrist mit Zugang und Ablauf der Kündigungsfrist – wirksam. Wird die Kündigung in Textform erklärt, sollte diese möglichst an DSL Bank – eine Niederlassung der Deutsche Bank AG, Edmund-Rumpler-Str. 3, 51149 Köln gerichtet werden.

Die Kündigung durch die Bank bedarf der Textform und wird mit Zugang beim Kreditnehmer – bzw. bei Kündigung unter Einhaltung einer Kündigungsfrist mit Zugang und Ablauf der Kündigungsfrist – wirksam.

Datenübermittlung an die SCHUFA und Befreiung vom Bankgeheimnis

Die Bank übermittelt im Rahmen dieses Vertragsverhältnisses erhobene personenbezogene Daten über die Beantragung, die Durchführung und Beendigung dieser Geschäftsbeziehung sowie Daten über nicht vertragsgemäßes Verhalten oder betrügerisches Verhalten an die SCHUFA Holding AG, Kormoranweg 5, 65201 Wiesbaden. Rechtsgrundlagen dieser Übermittlungen sind Artikel 6 Absatz 1 lit. b und Artikel 6 Absatz 1 lit. f der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO). Übermittlungen auf der Grundlage von Artikel 6 Absatz 1 lit. f DS-GVO dürfen nur erfolgen, soweit dies zur Wahrung berechtigter Interessen der Bank/Sparkasse oder Dritter erforderlich ist und nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen. Der Datenaustausch mit der SCHUFA dient auch der Erfüllung gesetzlicher Pflichten zur Durchführung von Kreditwürdigkeitsprüfungen von Kunden (§ 505a des Bürgerlichen Gesetzbuches, § 18a des Kreditwesengesetzes).

Der Kunde befreit die Bank insoweit auch vom Bankgeheimnis.

Die SCHUFA verarbeitet die erhaltenen Daten und verwendet sie auch zum Zwecke der Profilbildung (Scoring), um ihren Vertragspartnern im Europäischen Wirtschaftsraum und in der Schweiz sowie ggf. weiteren Drittländern (sofern zu diesen ein Angemessenheitsbeschluss der Europäischen Kommission besteht oder Standardvertragsklauseln vereinbart wurden, die unter www.schufa.de eingesehen werden können) Informationen unter anderem zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit von natürlichen Personen zu geben. Nähere Informationen zur Tätigkeit der SCHUFA können dem SCHUFA-Informationsblatt nach Art. 14 DS-GVO entnommen oder online unter www.schufa.de/datenschutz eingesehen werden.

Datenübermittlung an infocore und Befreiung vom Bankgeheimnis

Die Bank übermittelt Ihre Daten (Name, Adresse und ggf. Geburtsdatum) zum Zweck der Bonitätsprüfung, dem Bezug von Informationen zur Beurteilung des Zahlungsausfallrisikos auf Basis mathematisch-statistischer Verfahren unter Verwendung von Anschriftendaten an die infocore Consumer Data GmbH, Rheinstr. 99, 76532 Baden-Baden. Rechtsgrundlagen dieser Übermittlungen sind Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f der DSGVO. Übermittlungen auf der Grundlage dieser Bestimmungen dürfen nur erfolgen, soweit dies zur Wahrnehmung berechtigter Interessen unseres Unternehmens oder Dritter erforderlich ist und nicht die Interessen der Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen. Detaillierte Informationen zur ICD i.S.d. Art. 14 Europäische Datenschutzgrundverordnung („EU DSGVO“), d.h. Informationen zum Geschäftszweck, zu Zwecken der Datenspeicherung, zu den Datenempfängern, zum Selbstauskunftsrecht, zum Anspruch auf Löschung oder Berichtigung etc. finden Sie in der Anlage beziehungsweise unter www.finance.arvalo.com/vicidinfoblatt.

Der Kunde befreit die Bank insoweit auch vom Bankgeheimnis.

Übermittlung, Verarbeitung und Nutzung von Daten an den Kreditvermittler

☒ Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass die Bank den aktuellen Bearbeitungsstatus und die Anforderung weiterer zur Kreditbearbeitung erforderlicher Unterlagen an den oben genannten Kreditvermittler übermitteln kann. Weiter bin ich/sind wir damit einverstanden, dass die Originalunterlagen sowie der Ablehnungsgrund an den oben genannten Kreditvermittler übergeben werden können, sofern ein Vertrag nicht zustande kommt.

☒ Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass der Kreditvermittler auf Anfrage über die aktuelle Restschuld und die aktuelle Restlaufzeit des laufenden Kredits von der Bank informiert wird.

Im Umfang der vorstehend erteilten Einwilligungen befreie ich/befreien wir die Bank vom Bankgeheimnis.

Die vorstehenden Einwilligungen sind freiwillig und können jederzeit auch einzeln für die Zukunft widerrufen werden. Nichterteilung und Widerruf der vorstehenden Einwilligungen sind ohne Auswirkung auf die Kreditentscheidung und Vertragsdurchführung.

DSL Privatkredit Vertrag

Kreditvorgangsnummer: WK5YSN/4/1

Kreditkontonummer: 1 1 8 7 0 7 6 9 7 1

Hinweis zur Datenübermittlung an den Kreditvermittler Mir/Uns ist bekannt, dass meine/unsere Antragsdaten sowie die Informationen über den erfolgten/nicht erfolgten Vertragsabschluss von der Bank an den Vermittler übermittelt und dort zu Abrechnungszwecken im Rahmen der Provisionszahlungen verarbeitet und genutzt werden. In diesem Umfang entbinde ich/entbinden wir die Bank vom Bankgeheimnis.

Erklärung zum Geldwäschegesetz Ich handle im eigenen wirtschaftlichen Interesse und nicht auf fremde Veranlassung (insbesondere nicht als Treuhänder). Mir ist bekannt, dass die Bank den Kreditvertrag nur bei eigenem wirtschaftlichen Interesse des Kunden abschließt. Gemäß dem Geldwäschegesetz bin ich verpflichtet, etwaige sich im Laufe der Geschäftsbeziehung ergebende Änderungen der gegenüber der Bank gemachten Pflichtangaben dieser unverzüglich anzuzeigen.

Zuständige Aufsichtsbehörden Die für die Bank zuständige Aufsichtsbehörde ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn und Marie-Curie-Straße 24-28, 60439 Frankfurt (Internet: www.bafin.de).
Europäische Zentralbank, Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main (Internet: www.ecb.europa.eu).

Anwendbares Recht Für den Vertragsschluss und die gesamte Geschäftsverbindung zwischen dem Kreditnehmer und der Bank gilt deutsches Recht.

Außergerichtliche Streit-schlichtung und Beschwerdemöglichkeit Die Bank nimmt am Streitbelegungsverfahren der Verbraucherschlichtungsstelle „Ombudsmann der privaten Banken“ (www.bankenombudsmann.de) teil. Dort hat der Verbraucher die Möglichkeit, zur Beilegung einer Streitigkeit mit der Bank den Ombudsmann der privaten Banken anzurufen. Näheres regelt die „Verfahrensordnung des Ombudsmanns der privaten Banken“, die auf Wunsch zur Verfügung gestellt wird oder im Internet unter www.bankenverband.de abrufbar ist. Die Beschwerde ist in Textform (z.B. mittels Brief, Telefax oder E-Mail) an die Kundenbeschwerdestelle beim Bundesverband deutscher Banken e.V., Postfach 04 03 07, 10062 Berlin, Fax: 030 1663-3169, E-Mail: ombudsmann@bdb.de, zu richten.

Hinweis auf das Widerrufsrecht des Kreditnehmers Der Kreditnehmer hat das Recht, den Kreditvertrag innerhalb von 14 Kalendertagen zu widerrufen. Angaben zur Frist und die anderen Umstände für die Erklärung des Widerrufs sowie die Verpflichtung des Kreditnehmers, ein bereits ausbezahltes Darlehen zurückzuzahlen und Zinsen zu vergüten sowie die Angabe über den pro Tag zu zahlenden Zinsbetrag sind der nachstehenden Widerrufsinformation zu entnehmen.

DSL Privatkredit Vertrag

Kreditvorgangsnummer: WK5YSN/4/1

Kreditkontonummer: 1 1 8 7 0 7 6 9 7 1

Widerrufsinformation

Abschnitt 1

Widerrufsrecht

Der Kreditnehmer kann seine Vertragserklärung innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen widerrufen.

Die Frist beginnt nach Abschluss des Vertrags, aber erst, nachdem der Kreditnehmer alle nachstehend unter Abschnitt 2 aufgeführten Pflichtangaben erhalten hat. Der Kreditnehmer hat alle Pflichtangaben erhalten, wenn sie in der für den Kreditnehmer bestimmten Ausfertigung seines Antrags oder in der für den Kreditnehmer bestimmten Ausfertigung der Vertragsurkunde oder in einer für den Kreditnehmer bestimmten Abschrift seines Antrags oder der Vertragsurkunde enthalten sind und dem Kreditnehmer eine solche Unterlage zur Verfügung gestellt worden ist. Ober in den Vertragstext nicht aufgenommene Pflichtangaben kann der Kreditnehmer nachträglich auf einem dauerhaften Datenträger informiert werden; die Widerrufsfrist beträgt dann einen Monat. Der Kreditnehmer ist mit den nachgeholten Pflichtangaben nochmals auf den Beginn der Widerrufsfrist hinzuweisen. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs, wenn die Erklärung auf einem dauerhaften Datenträger (z. B. Brief, Telefax, E-Mail) erfolgt. Der Widerruf ist zu richten an:

DSL Bank – eine Niederlassung der Deutsche Bank AG, Abt. D91 Kundenservice,
Friedrich-Ebert-Allee 114–126, 53113 Bonn, Fax-Nr. 02203-59936109 oder E-Mail-Adresse widerruf-rate@dsbank.de

Abschnitt 2

Für den Beginn der Widerrufsfrist erforderliche vertragliche Pflichtangaben

Die Pflichtangaben nach Abschnitt 1 Satz 2 umfassen:

1. den Namen und die Anschrift des Kreditgebers und des Kreditnehmers;
2. die Art des Darlehens;
3. den Nettodarlehensbetrag;
4. den effektiven Jahreszins;
5. den Gesamtbetrag;

Zu den Nummern 4. und 5.: Die Angabe des effektiven Jahreszinses und des Gesamtbetrags hat unter Angabe der Annahmen zu erfolgen, die zum Zeitpunkt des Abschlusses des Vertrags bekannt sind und die in die Berechnung des effektiven Jahreszinses einfließen.

6. den Sollzinssatz;

Die Angabe zum Sollzinssatz muss die Bedingungen und den Zeitraum für seine Anwendung sowie die Art und Weise seiner Anpassung enthalten. Ist der Sollzinssatz von einem Index oder Referenzzinssatz abhängig, so sind diese anzugeben. Sieht der Darlehensvertrag mehrere Sollzinssätze vor, so sind die Angaben für alle Sollzinssätze zu erteilen.

7. die Vertragslaufzeit;

8. den Betrag, die Zahl und die Fälligkeit der einzelnen Teilzahlungen;

Sind im Fall mehrerer vereinbarter Sollzinssätze Teilzahlungen vorgesehen, so ist anzugeben, in welcher Reihenfolge die ausstehenden Forderungen des Kreditgebers, für die unterschiedliche Sollzinssätze gelten, durch die Teilzahlungen getilgt werden.

9. die Auszahlungsbedingungen;

10. den Verzugszinssatz und die Art und Weise seiner etwaigen Anpassung sowie gegebenenfalls anfallende Verzugskosten;

11. einen Warnhinweis zu den Folgen ausbleibender Zahlungen;

12. das Bestehen oder Nichtbestehen eines Widerrufsrechts, die Frist und die anderen Umstände für die Erklärung des Widerrufs sowie einen Hinweis auf die Verpflichtung des Kreditnehmers, ein bereits ausbezahltes Darlehen zurückzuzahlen und Zinsen zu vergüten; der pro Tag zu zahlende Zinsbetrag ist anzugeben;

13. das Recht des Kreditnehmers, das Darlehen vorzeitig zurückzuzahlen;

14. die für den Kreditgeber zuständige Aufsichtsbehörde;

15. das einzuhaltende Verfahren bei der Kündigung des Vertrags;

16. den Hinweis, dass der Kreditnehmer Zugang zu einem außergerichtlichen Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren hat, und die Voraussetzungen für diesen Zugang;

17. ist ein Zeitpunkt für die Rückzahlung des Darlehens bestimmt, einen Hinweis auf den Anspruch des Kreditnehmers, während der Gesamtlaufzeit des Darlehens jederzeit kostenlos einen Tilgungsplan zu erhalten;

Verlangt der Kreditnehmer einen Tilgungsplan, muss aus diesem hervorgehen, welche Zahlungen in welchen Zeitabständen zu leisten sind und welche Bedingungen für diese Zahlungen gelten. Dabei ist aufzuschlüsseln, in welcher Höhe die Teilzahlungen auf das Darlehen, die nach dem Sollzinssatz berechneten Zinsen und die sonstigen Kosten angerechnet werden. Ist der Sollzinssatz nicht gebunden oder können die sonstigen Kosten angepasst werden, so ist in dem Tilgungsplan in klarer und verständlicher Form anzugeben, dass die Daten des Tilgungsplans nur bis zur nächsten Anpassung des Sollzinssatzes oder der sonstigen Kosten gelten. Der Tilgungsplan ist dem Kreditnehmer auf einem dauerhaften Datenträger zur Verfügung zu stellen.

18. die vom Kreditgeber verlangten Sicherheiten und Versicherungen, im Fall von entgeltlichen Finanzierungshilfen insbesondere einen Eigentumsvorbehalt;

19. den Namen und die Anschrift des beteiligten Darlehensvermittlers;

20. sämtliche weitere Vertragsbedingungen.

Abschnitt 3

Widerrufsfolgen

Soweit das Darlehen bereits ausbezahlt wurde, hat der Kreditnehmer es spätestens innerhalb von 30 Tagen zurückzuzahlen und für den Zeitraum zwischen der Auszahlung und der Rückzahlung des Darlehens den vereinbarten Sollzins zu entrichten. Die Frist beginnt mit der Absendung der Widerrufserklärung. Für den Zeitraum zwischen der Auszahlung und der Rückzahlung ist bei vollständiger Inanspruchnahme des Darlehens pro Tag ein Zinsbetrag in Höhe von 2,21 Euro zu zahlen. Dieser Betrag verringert sich entsprechend, wenn das Darlehen nur teilweise in Anspruch genommen wurde.

DSL Privatkredit Vertrag

Kreditvorgangsnummer: WK5YSN/4/1

Kreditkontonummer: 1 1 8 7 0 7 6 9 7 1

Zahlung
der Raten

☐ Zahlung/Umbuchung von einem Postbank Girokonto
Der Kreditnehmer beauftragt die Bank, die fälligen Raten sowie etwaige rückständige Raten, Tageszinsen, etwaige Verzugszinsen und/oder etwaige Entgelte (nachfolgend insgesamt „Forderung“) von folgendem Girokonto des Kreditnehmers umzubuchen.

IBAN

Kontoinhaber/Kontoinhaber

Erteilung
eines SEPA-
Lastschrift-
mandats

☒ Zahlung von einem bei einem anderen Kreditinstitut geführten Konto

DSL Bank – eine Niederlassung der Deutsche Bank AG,
Friedrich-Ebert-Allee 114–126, 53113 Bonn.
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE19CML00000106424

Mandatsreferenz
CMLPB0015348457

SEPA-Lastschriftmandat

Der Kreditnehmer ermächtigt die Bank, Zahlungen von seinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weist er sein Kreditinstitut an, die von der Bank auf sein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Der Kreditnehmer kann innerhalb von acht Wochen die Erstattung des Betrages verlangen. Die Frist beginnt mit dem Datum der Abbuchung. Es gelten dabei die mit seinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorname und Name (Kontoinhaber/in)
Yvonne Brearley

Straße, Hausnummer
Am Königsteich 63

Postleitzahl Ort
49492 Westerkappeln

IBAN
DE44285400700516030400

BIC
COBADEFFXXX

Kreditinstitut
Commerzbank Osnabrück

Datum Ort
03.01.2023 Westerkappeln

Kontoinhaber/Kontoinhaber: Unterschrift*

X M. Brearley

Auftrag des Fremdbankkunden an sein Girokonto führendes Kreditinstitut zur Auskunftserteilung

Der Kreditnehmer beauftragt hiermit sein Girokonto führendes Kreditinstitut, der Bank Auskunft über den Kontoverlauf des laufenden und vorangegangenen Kalendermonats zu erteilen.

Datum
03.01.2023

Ort
Westerkappeln

Unter-
schriften*

DSL Bank – eine Niederlassung der Deutsche Bank AG

1. Kreditnehmerin/Kreditnehmer

X M. Brearley

ggf. 2. Kreditnehmerin/Kreditnehmer

X

Hinweis

Jeder Kreditnehmer erhält ein Exemplar dieser Urkunde.

Empfangs-
bestätigung

Hiermit bestätige ich, die folgenden Unterlagen erhalten zu haben:

- Europäische Standardinformationen für Verbraucherkredite
- Ein Exemplar dieser Vertragsurkunde
- Merkblatt „DSL Privatkredite – Erläuterungen für Verbraucher“

Unter-
schriften*

1. Kreditnehmerin/Kreditnehmer

X M. Brearley

ggf. 2. Kreditnehmerin/Kreditnehmer

X

*Wird das Dokument in elektronischer Form unterzeichnet, ist keine eigenhändige Unterschrift zu leisten.

A121 / 1504138287 / 1899911142 / 0 / 0P / 0 / 0P /
DE10100700000555572700

B121 / 1500539643 / - / 34658 / 0500P / 0 / 0P / TG:
2158 / DE10100700000555572700

11700 / WK5YSN/4/1 / 123 / - / SW+242 / 242 / C-
O=251 / KS / - / - / -

Frau
Yvonne Brearley
Am Königsteich 63
49492 Westerkappeln

DSL Bank
CRW Consumer Finance
Theodor-Heuss-Allee 72
60486 Frankfurt am Main
Mo, Di, Do 8-18; Mi u. Fr 8-16 Uhr
Team Intensivbetreuung
Telefon: 0201 2464 9850
Telefax: 0201 2464 9062
Mail: CRW-CF.KB@db.com
AZ:KPKK/211 6198212/211 8277535

15.08.2024

Konto Nr.: (211) 8277535 80
Darlehenskündigung

Sehr geehrte Frau Brearley,

leider haben Sie trotz unserer Mahnschreiben die ausstehenden Beträge noch nicht gezahlt. Die rückständigen Raten betragen inzwischen EUR 468,00. Da Sie somit Ihre Verpflichtungen aus dem Darlehensvertrag nicht erfüllt haben, kündigen wir hiermit das gesamte Restdarlehen mit Wirkung zum 12.09.2024.

Wir fordern Sie auf, bis zu diesem Termin die ausstehende Restschuld in Höhe von

EUR 6.071,98

auf Ihr Darlehenskonto einzuzahlen oder zu überweisen.

In diesem Betrag sind die bis dahin noch anfallenden Zinsen in Höhe von EUR 53,54, die bis heute angefallenen Verzugszinsen in Höhe von EUR 5,68 sowie EUR 14,20 angefallene Kosten enthalten.

Wir weisen darauf hin, dass wir nach Wirksamwerden der Kündigung auf den Restdarlehensbetrag, d.h. auf den Ursprungsbetrag abzüglich der bisher geleisteten Tilgungsbeträge, Verzugsschadenszinsen berechnen. Eingehende Teilbeträge werden erst auf die Kosten der Maßnahmen für die rechtliche Geltendmachung unserer Forderung, dann auf den Restdarlehensbetrag und letztlich auf die Zinsen verrechnet.

Zahlungen leisten Sie auf Ihr nachstehendes Konto:

IBAN: DE92 4007 0224 0827 7535 80
BIC: DEUTDE33HAN

Sollten Sie dieser Zahlungsaufforderung nicht nachkommen, werden wir, wie bereits in unserem zweiten Mahnschreiben angekündigt, einem etwaigen Arbeitgeber die als Sicherheit vereinbarte Abtretung der Ansprüche auf Arbeitsentgelt anzeigen und ggf. gerichtliche Schritte gegen Sie einleiten. Darüber hinaus werden wir bei uns unterhaltene Guthaben zuzüglich evtl. aufgelaufener Zinsen gegen unsere Forderung aufrechnen.

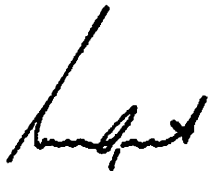
Wir weisen darauf hin, dass wir gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f DS-GVO (EU Datenschutz-Grundverordnung) Daten über trotz Fälligkeit nicht beglichene Forderungen an die SCHUFA Holding AG, Kormoranweg 5, 65201 Wiesbaden übermitteln und diese dort Berücksichtigung bei der Ermittlung von Wahrscheinlichkeitswerten (Scoring) finden können, soweit die geschuldete Leistung nicht innerhalb der Ihnen mitgeteilten Zahlungsfrist erbracht worden ist und das der Forderung zugrunde liegende Vertragsverhältnis aufgrund von Zahlungsrückständen fristlos gekündigt wird.

Weitere Informationen über die SCHUFA erhalten Sie mit dem SCHUFA-Informationsblatt sowie unter <http://www.schufa.de/datenschutz>.

Sollten Sie der Zahlungsaufforderung nicht nachkommen, werden wir zur Durchsetzung unseres Anspruchs ggf. ein Inkassounternehmen beauftragen, das dann auch erforderlichenfalls gerichtliche Schritte gegen Sie einleiten wird.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen unter obiger Telefonnummer gerne zur Verfügung.

Hochachtungsvoll



Jörn Marquardt



Nicole Rosendahl